für Kredite aller Art. Sie versicherte (übernahm) die Garantie u. a. auch für die Kredite der Staatsbank etc. an die Barmats, ferner garantierte sie dem Staat Zölle, Steuern und Gefälle aller Art, die kapitalistische Unternehmen von diesen gestundet erhielten. Die deutschen Finanzämter, Hauptzoll- und Steuerämter, Reichspost- und Eisenbahndirektionen, Regierungshauptkassen, Forstkassen etc. etc. haben Dutzende Millionen Mark von der Garantiebank „garantiert" erhalten. Diese „Garantiebank" aber waren die Gebrüder Barmat selbst!! Der Staat, mit allen seinen Lebensfasern mit den Barmats verbunden, wird oder ist schon, möglicherweise nochmals um den mehrfachen Betrag der 60 Millionen der Staatsbankbetrogen. Die Möglichkeit des vorhin ausgesprochenen Zusammenbruchs des demokratischen Gebäudes ist also durchaus keine Phrase.

Der Kreis, den dieser stinkende Sumpf schon gezogen hat, geht aber noch viel weiter. Große Schichten Proletarier sind von ihm direkt in Mitleidenschaft gezogen. Außer den schon erwähnten 10 000 Arbeitern des Barmatkonzerns, außer den tausenden Angestellten der Banken, Industrieunternehmen etc. außer den verpulverten Millionen, welche die Proletarier dem Staat zu seinem Unterhalt wieder durch direkte und indirekte Steuern aufbringen müssen. Soviel bis jetzt bekannt ist, sind bei der „Garantiebank" versichert 15 Rückversicherungen und Versicherungsgesellschaften. Die von den Proletariern bei letzteren pfennig- und markweise eingezahlten Millionen sind schon flöten, oder doch arg gefährdet. Hundertfache Zusammenbrüche stehen in allernächster Zeit bevor, falls der Staat auch nur geringe Teilbeträge seiner leichtfertig den Hyänen in den Rachen geworfenen hunderte Millionen einziehen sollte.

Die Barmaterei ist durchaus ein Krankheitssymptom des internationalen Kapitalismus, dessen wundeste Stelle die deutsche Demokratische Republik ist. Es sind außer Deutschland noch direkt in Mitleidenschaft gezogen Unternehmen in Holland, Oesterreich, Rußland, Skandinavien, Schweiz, Luxemburg.

In einem weiteren Artikel werden wir Werdeprozeß und Methoden der Staatsbank selbst unter die Lupe nehmen.

Politische Rundschau

„Mut"

Gegenseitige Ehrbestätigung der SPD.-Führer.

Die stinkende Korruption, stets eins der äußeren Zeichen einer untergehenden Welt, hat in der deutschen Rpublik innerhalb ihrer parlamentarischen Parteien solche Formen angenommen, daß niemand mehr weiß, ob nicht sein Nebenmann auch mit dran hängt. Einer traut dem anderen nicht. Man kann mit Heine sagen in neuzeitlicher Verbesserung: „Es will uns schier bedünken, als ob sie alle stinken".

Die Sozialdemokratie, einst eine revolutionäre politische Organisation, jetzt ein Sammelsurium von kleinbürgerlichen Schwärmern, wie Pfarrer Bleier oder brutalen Emporkömmlingen, wie Gustav der Blutige, sitzt so tief in dem Morast der Korruption, daß jeder Arbeiter sich nur mit Ekel von diesen Schakalen des Schlachtfeldes zwischen Kapital und Arbeit, wenden kann. Während Gerlach in der „Welt am Montag" warnt, den Bruch, der doch vorhanden ist, in der Sozialdemokratie und in der Jesuitenpartei, dem Zentrum, zu beseitigen, weil es sonst noch schlimmer werden kann, setzt sich der Parteivorstand der SPD. am 12. Januar hin und stellt folgendes fest:

„Einzelne deutsche Parteigenossen lernten Julius Barmat Ende April 1919 anläßlich einer Sitzung der Internationale in Amsterdam kennen. Den Parteigenossen, die mit ihm persönlich verkehrten haben, wurde nichts bekannt, was der geschäftlichen oder persönlichen Ehre Barmats abträglich gewesen wäre.

Was die behauptete geschäftliche Verbindung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Barmat angeht, stellt der Parteivorstand fest, daß eine Verbindung zwischen der Partei und den Geschäften der Barmats niemals bestanden hat, insbesondere ist es unwahr, daß die Partei jemals an Lebensmittelgeschäften teilgehabt oder gar aus ihnen Vorteil gezogen hat. In der Oeffentlichkeit sind ferner in diesem Zusammenhang eine Anzahl bekannte Parteigenossen genannt worden. Der Parteivorstand hat sich mit diesen Vorwürfen befaßt und festgestellt, daß in keinem Fall ein Beweis dafür erbracht ist, daß Parteigenossen ihren politischen Einfluß zur Erlangung persönlicher Vorteile benutzt haben."

Wahrlich, sie haben Mut. Wer wagt nun noch bezweifeln, daß die Sozialdemokratie eine reine Partei ist, in der sich nur „Ehrenmänner" betätigen können?

Wann werden wohl die Proletarier der SPD. sehend? Scheinbar nie.

Und noch immer keine Regierung

Die Deutsche Republik mit ihrer vollendeten Demokratie und ihrem vorbildlichen Parlamentarismus bietet ein Bild der vollendeten Verwirrung. Schon monatelang währt die Regierungskrise. Trotzdem man sich klar ist, daß jetzt erst die „Wiederaufbauperiode", die Stabilisierung beginnen soll auf Grundlage des Dawes-Planes, ist es schier unmöglich, einen Vollzugsausschuß für die zu ergreifenden Maßnahmen einzusetzen. Trotz aller Demokratie, trotz des vorbildlichen parlamentarischen Systems, an dem sich ja bekanntlich jeder Volksgenosse durch Abgabe eines Stimmzettels für irgend einen „Führer" beteiligen kann, bleibt als einzigster Ausweg das Prunkstück der „Weimarer Demokratie", der Artikel 48, übrig.

Während vor sechs Jahren das Berliner Proletariat für seine Herrschaftsform die revolutionären Räte, für den Kommunismus auf den Barrikaden stand, steht heute das deutsche Proletariat verwirrt und hilflos vor seinem sechsjährigen Wiederaufbauversuch dieses fluchwürdigen Systems und schaut nach dem vor dem „Fest der Liebe" gewählten Reichstag.

Wie lange noch, deutsches Proletariat, wirst du zu Mumien aufblicken und von diesen verkalkten Bürgern mit oft wildrollenden Augen deine Befreiung erwarten, anstatt mit festem Griff und Schlag dich selbst zum Herrn deines eigenen Geschicks zu machen.

Sechs Jahre seit dem Spartakusaufstand, sechs Jahre Erfahrungen im Klassenkrieg, sollten eigentlich genug sein, um zu begreifen, wo der Hebel zum Sturz des Klassenfeindes angesetzt werden muß.

Auch eine Erinnerung

5 Jahre Betriebsräte.

Sechs Jahre ist es her, als Spartakus um die revolutionären Räte, um die Herrschaftsform des Proletariats auf den Barrikaden focht und unterlag durch die Passivität des Proletariats, das sich von seinem Klassenfeind geduldig zur Wahlurne führen ließ.

5 Jahre sind es her, als das Berliner Proletariat in riesiger Demonstration unter der Führung der linken Usepe vor das Reichstagsgebäude zog, um zu bekunden, daß die „Verankerung" der Räte in der Weimarer Verfassung eine Verschandelung des Rätegedankens sei. Die Massen glaubten den damaligen Usepetern, diesen parlamentarischen Schwätzern, die sich so radikal gebärden konnten, daß sie den Kampf gegen das Betriebsrätegesetz ehrlich meinten.

Donnerstag, den 15. Januar 1925
Saalbau Friedrichshain
Pünktlich 7½ Uhr

Die Lebenden den Toten

Dem Gedächtnis Liebknechts, Luxemburgs und den Tausenden anderen Revolutionsopfern gewidmet.

Mitwirkende:

Berliner Sinfonie-Orchester — Berliner Schubert-Chor — Ansprache — Rezitationen.

Eintritt 1,— Mark.

Eintrittskarten bei allen Funktionären, den Zeitungs-Obleuten und in der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O., Warschauerstraße 49, zu haben.

Verkauf von Eintrittskarten auch an der Abendkasse.

Genossen, macht rege Propaganda!

Diese riesige bescheidene Demonstration wurde unter der Leitung von Sozialdemokraten zusammengeschossen. 42 Tote und 105 Verwundete bedeckten das Pflaster. Es schießt sich ja so schön und so leicht in unbewaffnete, dicht gedrängt stehende Arbeitermassen.

Der angesagte Generalstreik von der starken USP. brach nicht aus, nur das Charlottenburger Gaswerk zog die Konsequenzen aus diesem Blutbad. Die USPD. zeigte sich als damalige scheinrevolutionäre Massenpartei und spiegelte so recht die Hilfslosigkeit des deutschen Proletariats wieder. Die „Freiheit" wurde nebst der „Roten Fahne" verboten. Es zeigte sich ganz klar, daß die damals noch junge KAPD. recht hatte mit ihrer kurzen Formulierung: Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats ist notwendig, wenn es siegen will. Und von unten auf muß diese gefördert werden, aus den Betrieben heraus, wenn die Niederlagen des Proletariats endlich mal in Siege umgestaltet werden sollen.

Der Spartakusbund, d. h. die Levigruppe ohne Arbeiter und der linke USPD.-Flügel, die bald die VKPD. bildeten, bekämpften angeblich das Betriebsrätegesetz am besten dadurch, daß sie hineingingen in die gesetzlichen Betriebsräte um sie zu revolutionieren. Wie weit dieses gelungen ist, kann das Proletariat heute ganz klar erkennen, wenn es will. Diese Arbeitsgemeinschaft im Betrieb zwischen Kapitalist und Proletarier hat sich als die festeste Stüze der Gewerkschaften und mit diesen zusammen für das Kapital ergeben.

Gegenüber der „Roten Fahne", die von einem Straßenkampf um die Betriebsräte faselt, sei betont, daß ein Ueberfall auf harmlos Demonstrierende wirklich nicht das geringste mit Straßenkampf zu tun hat. Sollten dadurch etwa die Betriebsräte mit einem revolutionären Nimbus umgeben werden, damit bei den kommenden Wahlen auch ja alle wieder zur Wahlurne im Betrieb laufen. Geheime Wahl natürlich.

Die fünfjährige Praxis der Betriebsräte zusammen mit dem praktischen Ergebnis des revolutionären Parlamentarismus und der Gewerkschaftseroberung und Revolutionierung haben dem Proletariat gezeigt, daß es sich falscher Waffen, stumpfer Waffen gegenüber, seinem geschichtlichen Todfeind bedient.

Die geschichtliche Entwicklung hat der Kommunistischen Arbeiter-Partei recht gegeben, die als einzigste, revolutionäre Organisation die Klassenfront da errichtet wissen will, wo sie allein nur gebildet werden kann. In den Betrieben, von unten auf, in den revolutionären Betriebsorganisationen, einigt sich das revolutionäre Proletariat unter dem Schlachtruf der proletarischen Revolution: „Alle Macht den revolutionären Räten!"

Wintersonnenwende

Das wäre so eine schöne Ueberschrift für einen ersten, rechten Stimmungsartikel; und eigentlich ist gar nichts einzusehen, warum der Leitartikel der D. A. Z. in der Nr. 4 sich mit dem weit nüchternen „Uebergangszeit" begnügte. Denn sein Artikel ist ja wirklich was wert, befriedigt alle Ansprüche der gesamten Familie. Der Anfang bringt Poesie und Belesenheit, ist was für's Herz — und am Ende kommen die praktischen Schlußfolgerungen, an denen der treudeutsche Hausvater seine Freude haben kann.

Die Gedankengänge des Artikels sind freilich weder der gesamten kapitalistischen Denkweise, noch der D. A. Z. neu. Es brauchte ja nicht erst der Stern von Bethlehem zu erscheinen, um Herzen und Hirne in der Redaktion der D. A. Z. dahingehend zu erleuchten, daß es jetzt vor allem eine Aufgabe gibt: Die Zusammenfassung der „nationalen" Kräfte des deutschen Volkes, die Herstellung des „einigen Volkes von Brüdern" unter Aufopferung noch so geliebter Illusionen. Zu diesen Illusionen gehört u. a. auch der Glaube an die Wunderkraft monarchistischer Reliquien. Man hat begriffen, daß es nun doch mal ohne „Demokratie" nicht geht, und umwickelt diese Pille für die „Unentwegten", so gut es geht. Man gibt sogar einige Ehrlichkeiten als Zugabe und verkündet: **„Denn nicht die äußere Form ist das Wesentlichste, sondern der Gehalt, der Geist, der sie beseelt."** D. h., man möchte den lieben Anhängern gern weiß machen, daß auch im vollendeten Gebäude der Demokraten von heute der Geist von Potsdam wohnen kann. Das ist natürlich Unsinn, denn wenn man überhaupt vom „Geist in der Maschine" reden kann, so gilt das vor allem für die Staatsmaschine, bei der man bei wechselnder Form doch niemals den gleichen Inhalt beibehalten kann. — Diese Flötentöne zum Gimpelfang sind ja nun aber von der D. A. Z. nicht neu: interessant bei diesem Artikel aber ist der Eiertanz, der hier aufgeführt wird, um die zwei Ziele zu erreichen: einerseits die „alten" Anhänger des Schwarz-weiß-rot mit dem schwarz-rot-goldenen Schamtuch der Reaktion zu versöhnen, anderseits die herrschenden Demokratien der Länder daran zu mahnen, was gegenüber ihrer jüngsten Schwester nun eigentlich ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit wäre. Natürlich drapiert man sich nur mit Moral und ähnlich schönen Dingen, wenn man schreibt:

„Am Entstehen der neuen Welt arbeiten die Rechtsbrecher und Gewaltanbeter, die übermächtigen Kriegsverbündeten und die schwächlich beschönigenden Zuschauervölker Hand in Hand, wenn auch unbewußt. Sie schaufeln der im Weltkrieg zur lückenlosen Herrschaft gelangten demokratischen Staatsauffassung (im agitatorischen Sinne der Westmächte) das Grab. Keines der vielen Völker, die dem im Abwehrkrieg stehenden Deutschland die Segnungen des demokratisch-parlamentarischen Systems in die Ohren geschrien haben, hält es jetzt auch nur der Mühe für wert, ein Wort dafür einzulegen, daß die Autorität der republikanischen Regierung in Deutschland jenes Mindestmaß von Schonung erfahre, ohne die sie auf die Dauer nicht regieren kann, eine Schonung, die bei den früheren, autoritativ gerichteten Staatsleitungen auch gegenüber dem besiegten Gegner selbstverständliche Pflicht war und geübt wurde. Man denke nur an Bismarcks Eingehen auf die Wünsche von Thiers und seine fürsorglichen Ratschläge, die die damaligen französischen Machthaber zu ihrem und ihres Volkes eigenem Schaden zum Teile nicht befolgt haben. Wäre heute die demokratische Staatsauffassung draußen in der Welt noch ein lebendiger Gedanke, dann würden seine Verfechter nicht jede Spur von Rücksicht darauf im Verhältnis von Staat zu Staat vermissen lassen, dann würden sie vor allem nicht ruhig zugeben, ja es noch aufhetzend fördern, daß man die demokratischen Einrichtungen des heutigen Deutschland zu Angelpunkten der fremden Gewalt- und Unrechtsansprüche macht."

Hier spricht „ehrlich" ein Kapitalismus zum anderen. Aber ehrlich eben nur insoweit, als die „Ehrlichkeit" des Kapitals immer einen doppelten Boden hat und haben muß. Und es brauchte für die Entente wirklich nicht der „Ausführungsbestimmungen zur Durchführung unserer Demokratie", um deren Herausgabe sich die D. A. Z. so schätzenswerte Verdienste erwirbt.

Das Stadium, in dem man sich international gern einigen konnte, in dem Bismarck Thiers „uneigennütziger" Berater war, ist vorbei. Die Welt ist vergeben. Jede Ausmerzung eines Konkurrenten auf dem Weltmarkt, jede Neuerwerbung einer Kolonie kann gar nicht zu teuer bezahlt werden. Darum wird man sich auf der geschätzten Gegenseite verflucht wenig aus „die Aufrechterhaltung der deutschen Regierungsautorität" machen. Man ist unter allen Umständen stark genug, um die Form zu schützen. Um die Erkräftigung des in ihr wohnenden Tierchens sich zu bemühen, ist aber nicht Sache der Entente: Das Vieh könnte sonst sein Haus sprengen — und aktiver und gefräßiger werden, als der Entente lieb wäre. Und wenn die D. A. Z. meint: **„Hat Deutschland erst diese seine Aufgabe begriffen — und die feindliche Gewalt wird nicht ablassen, bis sie begriffen wird —, dann wird sich Deutschland auch die Mittel zu verschaffen wissen, sein Recht zu wahren.** Noch nie in der Geschichte konnte dem Selbstbehauptungswillen der deutschen oder irgendeiner andern großen Nation die Möglichkeit, sich diese Mittel zu verschaffen, dauernd vorenthalten werden." — so kennt doch die Entente ihre Machtmittel zu gut, um vor diesem Schellengerassel Furcht zu haben. Sie hat aber gerade darum keinen Grund, sich den künftigen Feind erst liebevoll groß zu ziehen.

Aus dem „Ami du Peuple"

Folgende Sätze aus Marats „Volksfreund" finden wir in den Nummern 667—672 vom Juni, Juli und August 1792. Es mutet einem an, als wären die Zeilen heut geschrieben.

Nr. 667. Die Revolution hat sich gegen das Volk gekehrt und ist für dieses zum größten Unglück ausgeschlagen. Von Anfang an war sie **nichts als ein ewiger Anlaß zu Bestechungen und Komplotten.** ... Schon bald nach ihrem Beginn wurde sie für die öffentlichen Beamten ein ständiges Mittel zur Schikanerei und Bedrückung. Selbst den Gesetzgebern (Abgeordneten) bot sie die Gelegenheit zur Geschäftemacherei, Betrügerei und Spitzbüberei, und jetzt muß sie den Reichen und Spekulanten dazu dienen, **sich unbegrenzte Gewinne und Monopole zu verschaffen, Lebensmittel- und Zinswucher** zu treiben, durch ein unverschämtes Raub- und Ausbeutungssystem das Volk zu ruinieren und die untere Klasse durch die Furcht vor dem Versinken im Elend dazu zu zwingen, sich zu verkaufen. ... Nur die Dekorationen auf der Staatsbühne haben sich geändert; die Spieler aber, die Masken, die Intrigen, die Ressorteinteilungen sind geblieben. Nichts, garnichts hat sich im Spiel der politischen Maschinerie geändert, **und das wird so bleiben, bis das Volk klar genug sieht,** um den Betrügern, die es täuschen, das Spiel zu verderben, **bis es rücksichtslos genug ist, die Schufte, die es hintergehen, zu bestrafen ... Die Plebs, d. h. die unteren Klassen der Nation, die im Kampfe gegen die oberen Klassen nur auf sich selbst angewiesen sind,** drücken zwar im Augenblick der Insurrektion (Aufstand) durch die Masse alles nieder, um zuletzt doch zu unterliegen, da sie immer ohne Einsicht, Kunst, Reichtum, Waffen, Häupter, **ohne Operationsplan sind. Es ist nicht wahr, daß sich die ganze Nation gegen die Tyrannen erhoben hat; denn es blieb ihm immer noch der Adel, die Geistlichkeit, der Stand der Rechtsgelehrten, die Finanz, das Kapital, die Gelehrten, die Literaten als Stütze und als schützender Wall.**

Nr. 671. Man braucht nur einen Blick auf den Ursprung und den Verlauf der Revolution zu werfen, um zu der schmerzlichen Einsicht zu kommen, daß wir niemals frei sein werden. Wir sind die einzige Nation in der Welt, die im Wahn gestanden hat, eine Revolution mit eitlen Reitern, Paraden, Festen und Gesängen zu befestigen, die einzige Nation in der Welt, die, um ihre Unterdrücker zur allgemeinen Gleichheit zu bringen, ihnen die Erlaubnis gegeben hat, sich durch List der Volksversammlungen sowie aller wichtigen selbstgeschaffenen Posten, aller autoritären Stellungen zu bemächtigen und sich dadurch wieder zum Herrscher zu machen. Welche Farce! Wie habt ihr euch nur einen Augenblick täuschen lassen? „Wir sind ja alle Brüder!" rieft ihr aus, als ihr auf dem Föderationsfest tanztet. Glaubt ihr wirklich, mit Moralgrundsätzen könne man ihre (der herrschenden Klassen) Neigungen und Gewohnheiten, ihre Sitten und Leidenschaften ändern ...? **Fürchtet die Reaktion. .. Eure Feinde werden euch nicht schonen, wenn sie ihre Zeit für gekommen halten. Deshalb keine Gnade! Ihr seid auf immer verloren, wenn ihr nicht eilt, die korrupten Mitglieder der Munizipalität** (Stadtobrigkeit) **und der Departementsverwaltung, alle antipatriotischen Richter und völlig verfaulten Abgeordneten der Nationalversammlung niederzuschlagen."**

Soweit Marat in seinem „Volksfreund". Ueber ein und einviertel Jahrhundert ist seit jener Zeit verflossen und heute steht die Kommunistische Arbeiter-Partei anstelle Marats und muß in ihrer Wirkung fast dieselben Sätze schreiben.

Mitteilungen

Achtung! Ortsgruppen und Einzelleser im Reich!

Dieser Nummer liegen Zahlkarten bei. Die KAZ. bis Nr. 4 muß bis zum 20. Januar bezahlt werden, andernfalls Einstellung der Lieferung erfolgt.

GROSS-BERLIN.

Achtung! Wichtige kombinierte Sitzung: Am Dienstag, den 20. Januar, abends 7½ Uhr, findet in der Schule, Glogstr., eine äußerst wichtige kombinierte Sitzung statt. Zu erscheinen haben die Reichs- und Berliner Arbeitsausschüsse der Partei und Union, die Pressekommissionen der „KAZ." und des „Kampfruf" sowie die Mitarbeiter beider Organe.

Kommunistische Arbeiter-Jugend!

Gruppe Osten: Am Dienstag, den 20. Januar, abends ½8 Uhr, im Lokal O. Nix, Mainzer Straße: **Oeffentlicher Gruppenabend.**

Thema: „Die russische Revolution"

Ortsgruppe Nowawes: Am Montag, den 19. Jan., abends ½8 Uhr, im Lokal Gebauer, Wallstraße 63: **Oeffentlicher Gruppenabend.**

Thema: „Was eint und trennt das Jungproletariat."

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Fritz Weiland, Bln.-Pank.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 5

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Januar 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Das Signal

Der Burgfrieden ist tot — es lebe die Revolution!

Halleluja! Der Bürgerblock ist fertig, der Vorhang geht auf, die Demaskierung des Klassenfeindes kann beginnen! Heiß ersehnt von der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Das war in diesen letzten Tagen und Wochen ein böses Erwachen aus dem illusionären Traum der Klassenharmonie für so manches Parteibönzchen der demokratischen und sozialdemokratischen „Mitte". Geradezu wie vom Donner gerührt waren die sozialdemokratischen berufsmäßigen Agenten des Klassenfeindes. Schreckensbleich wurden alle diese Konjunkturpaladine für „Demokratie" und „Pazifismus" im imperialistischen Klassenstaat, als die politischen Schergen des industriellen, landwirtschaftlichen und kommerziellen Großkapitals, den im Wesen der kapitalistischen Profitwirtschaft begründeten Gesetzen gehorchend, die kategorische Forderung auf engsten politischen Zusammenschluß aller klassenfeindlichen Kräfte zu vermehrter Ausbeutung der proletarischen Arbeitskraft und Existenz erhoben. Da flogen die Fetzen von den imaginären Götzen und Popanzen, die alle diese blindfanatischen Eunuchen der formalen Demokratie, des Pazifismus und des Burgfriedens anbeten. Von den Idolen und Jammerphantomen dieser Schwätzer, Narren und Betrüger ist nichts als ein erbärmlicher Trümmerhaufen übrig geblieben. Damit sind bürgerliche Demokratie und soziale Reform als die beiden großen ideologisch verbohrten Lügen des vergangenen Jahrhunderts ein für allemal entlarvt und von der Geschichte ad acta gelegt. Immer wieder erweist sich die dialektische Logik der materiellen Entwicklung als die eigentliche Lehrmeisterin der Menschheit, die unfehlbar alle menschlichen Phantastereien, Kurzsichtigkeiten und Irrtümer korrigiert.

Zwar ist den Drahtziehern noch nicht ganz der richtige waschechte Bürgerblock gelungen, sondern nur ein „Bürgerblöckchen", aber auch dieses genügt schon, um den sozialdemokratischen Futterkrippeninhabern den weiteren Betrug an der Arbeiterklasse unmöglich zu machen, weil es die reformistische Grundlage als Eckpfeiler ihrer Politik des Arbeiterverrats vollkommen zerstört. Wenn erst die Kapitalkönige der Zentrumspartei ihr Machtwort gesprochen haben werden, dann wird auch das „Bürgerblöckchen" das Zeitliche segnen und dem ganz richtigen Bürgerblock Platz machen. Schon vier Wochen nach dem Verdummungsmanöver der Dezemberwahlen den schwarz-rot-gelben Volksbetrug in den ganz unverhüllten schwarz-weiß-roten zu verwandeln, würde für die proletarischen Anhänger des Zentrums doch zu aufklärend wirken. Und dieses Mal hat sogar der „Genosse" Breitscheid recht, der sonst immer auf das falsche Pferd gesetzt hat, wenn er noch um einen Schein resignierender als sonst den baldigen richtiggehenden Bürgerblock in der „Welt am Montag" prophezeit.

Proletarier, bereitet Euch vor! Denn dieser bürgerliche Regierungsblock — einige parlamentarische Galgenstricke nannten ihn auch „Volksgemeinschaft", so etwa, wie der Galgenstrick Sinowjew die „Arbeiterregierung" als Synonym für die Diktatur des Proletariats ausgab — bedeutet einen vollkommen neuen Zeitabschnitt für die Arbeiterklasse in Deutschland und bedeutet das **Signal zur proletarischen Revolution.** Einen neuen Zeitabschnitt insofern, als damit eine jahrzehntelang dauernde Epoche beendet ist, in der es dem Klassenfeind infolge günstiger und verhältnismäßig stabiler wirtschaftlicher Konjunktur möglich war, die Gefahr, die seiner Existenz, seiner wirtschaftlichen und staatlichen Ordnung durch die Kraft und das Anwachsen der Arbeiterklasse droht, dadurch abzuwenden, daß er sie durch ein gewisses Entgegenkommen in Bezug auf Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebensbedingungen — allerdings nur scheinbaren Verbesserungen — in Zufriedenheit und bei guter Laune erhielt. Diese vom Tische des Klassenfeindes abfallenden Brocken und Brosamen waren das Opium der Arbeiterklasse und die Ursache ihrer bisherigen Burgfriedensideologie und kennzeichnen die nun hinter uns liegende „Epoche der sozialen Reform". Wie Christentum und Religion aufgelegter Schwindel aus der Pandorabüchse des Klassenfeindes. Aber den nach Zehntausenden zählenden sozialdemokratischen Bonzen aller Kouleurs bot sie behagliche Existenz und die Grundlage für ihren Betrug an der Arbeiterklasse. Jetzt ist der Profit gefährdet, seine Nutznießer können sich nicht mehr den Luxus von Zuhältern leisten, und mit einem gewaltigen Fußtritt entledigen sie sich der unbrauchbar gewordenen Schmarotzer. Nur so gänzlich beschränkte Gehirne wie die der sozialdemokratischen Bonzen, konnten glauben, daß die Grundlagen der vergangenen Epoche und damit die Voraussetzungen ihrer eigenen Politik unveränderlich und ewig fortdauern würden. Sie haben von den von Marx aufgedeckten gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen etwa soviel verstanden, wie der Analphabet vom Sanskrit versteht. Und da sich ihre Politik im Widerspruch zur geschichtlichen Entwicklung befindet, ist mit der Geburt des Bürgerblocks ihr Todesschicksal endgültig besiegelt. Mit der Beendigung der Epoche der sozialen Reform endet auch alle reformistische Politik und die Existenz ihrer Träger. Ein Schauspiel für Götter wird der Todeskampf dieser selbstsüchtigen Streber sein. Ihre Uhr ist abgelaufen. Von Ebert dem Einmaligen bis zu den Bonzen siebenter Ordnung, bleibt nichts anderes übrig als ein Gestank nach Schwefelwasserstoff. Und sterben müssen sie, wenn das Proletariat leben will.

Eine Kleinigkeit nur übersahen die „großen Marxisten" der 2. Internationale, blind vor Ehrgeiz, Eitelkeit und Selbstsucht. Genau wie die verkappten Sozialfaschisten der 3. Internationale mit ihrer famosen „Eroberung der Gewerkschaften" übersahen sie, daß die friedliche Eroberung aller Positionen auf klassenfeindlichem Boden schließlich einmal an dem unvermeidlichen, geschichtlich gegebenen Widerstand des Klassenfeindes wieder zu Wasser werden und zerschellen muß. Beide Internationalen der Sozialdemagogen entspringen derselben fundamentalen Fehlerquelle: Sie machen beide die Rechnung ohne den noch existierenden Wirt. Jetzt eben mit der Geburt des Bürgerblocks ist der Augenblick da, in welchem der Klassenfeind den Futterkrippennutznießern seines sozialen Entgegenkommens ein donnerndes „Bis hierhin und nicht weiter" entgegenschleudert. Als betrogene Betrüger stehen sie nun ein für allemal entlarvt vor der revolutionären Arbeiterschaft, dennoch jederzeit bereit zu neuem Verrat, wenn sie nur der Meinung sind, daß dabei für sie selbst genügend abfällt. Angesichts der durch die vollständige Entschleierung der Klassengegensätze grundlegend veränderten Situation warnen wir heute schon alle Klassengenossen auf das Eindringlichste vor allen die veränderte Konjunktur witternden durchtriebenen Berufspolitikern der SPD. und KPD., wenn sie jetzt ihre kapitalistisch-klassenfeindliche Politik scheinbar über Bord werfen und bei der klassenbewußten Arbeiterschaft um gut Wetter bitten werden, um ihren Verrat an der proletarischen Revolution und Befreiung fortzusetzen. Ob großer oder kleiner Gauner, nur noch als Fußball, nein zu gelinde, nur als Objekt unbarmherziger Vergeltung kann dem Proletariat dienen, wer seiner Ichsucht zuliebe die revolutionären proletarischen Interessen bis heute mit Füßen getreten hat. Zu diesen Gaunern gehören alle die Bonzen, die bis zu dem heutigen Umschwung der politischen Situation den legalen Organisationen der bürgerlichen Ordnung angehört haben. Denn die Früchte jeder legalen Betätigung erntet ausschließlich der Bonze, die Arbeiterschaft erntet nur die Früchte illegaler Betätigung.

Instinktiv empfand bereits Engels vor etwa vierzig Jahren die Gefahren, die der Arbeiterklasse und dem revolutionären Prinzip des Kommunismus durch das Ausweichen und Entgegenkommen des Klassenfeindes gegenüber der Arbeiterklasse und deren Eingehen auf dasselbe drohten. So schreibt er einmal: „Ein bischen unverfälschte Junkerherrschaft könnte garnicht schaden". Und auch andere warnende Stimmen waren seit Beginn der reformistischen Aera stets da, die mit allen Kräften versuchten, die Arbeiterklasse von dem ins Verderben führenden sozialdemokratischen Irrweg abzulenken, in der Erkenntnis, daß dieser Weg wohl den Bonzen fette Posten und Pfründe, den Proleten auf die Dauer aber nur die bittersten Enttäuschungen und die Verlängerung des Hungerelends und der Lohnsklaverei bringen konnte. Aber schon immer verstanden es die satten, mit allen Hunden gehetzten Drohnen des Parteivorstandes aus dem ff, die ihre Ruhe störenden lästigen „Kläffer" mundtot zu machen, oder sie einfach aus der Partei auszuschließen. Auch Engels noch sehr warnende Stimme wäre dem Heer sozialdemokratischer Konjunkturritter gegenüber verhallt wie die eines Predigers in der Wüste.

Daß es aber dem Klassenfeind unter der ausschlaggebenden Assistenz seines sozialdemagogischen „Klassenkampfflügels" möglich sein würde, die Arbeiterklasse in einen derartigen Dornenröschenschlaf zu lullen und ihr seine eigenen Interessen anstelle der ihrigen zu suggerieren mit Hilfe der Bewilligung von „Teilforderungen", der infernalischen Erfindung eines sich wichtig machenden Bonzenklüngels von Beruf zu seinem alleinigen Vorteil, das allerdings konnte Engels nicht im Traume ahnen. Darum fehlt leider auch eine konkrete Darstellung, wie er sich die soziale Umwälzung gedacht hat. Heute ist an Hand der marxistischen Dialektik einwandfrei zu erkennen und festzustellen: Die Geschichte der Menschheit wickelt sich in aufeinander folgenden Epochen ab mit wesentlich von einander verschiedenen materiellen und ideologischem Inhalt. Rief die entgegenkommende Haltung des Klassenfeindes auf der Basis günstiger und ziemlich stabiler wirtschaftlicher Konjunktur den friedlichen „Kampf" um „Teilforderungen", die Burgfriedensideologie und Harmoniedusele der Arbeiterklasse hervor, eine Zeitspanne, der man am besten die Signatur „Epoche der sozialen Reform" gibt, so kann, weil das „Sein das Bewußtsein bestimmt", nur das **offen feindliche Verhalten** des Klassenfeindes auf der Basis einer zerstörten Wirtschaft und die der Arbeiterklasse **dadurch** zum Bewußtsein kommende Aussichtslosigkeit **jedes** „Kampfes um Teilforderungen" die Ideologie des **revolutionären** Kampfes und die Klassenerkenntnis der Arbeiterklasse bewirken. **Das Charakteristische der jetzt in ein akutes Fahrwasser tretenden „Epoche der sozialen Revolution" in Deutschland besteht eben darin, daß jeder Kampf um Teilforderungen aufhört.** Nicht mit einem Schlage, sondern im Maßstabe des erwachenden Klassenbewußtseins. Nur wer dies begriffen hat, ist Marxist.

Die Bürgerblockregierung und ihre wahrscheinliche Verschärfung zur Militärdiktatur ist also die unbedingte Voraussetzung für das Sein der Arbeiterklasse, das allein imstande ist, ihr Bewußtsein **revolutionär** zu bestimmen. Darum her mit dem Bürgerblock, her mit der offen feindlichen Haltung des Klassenfeindes, her mit der vollständigen Entschleierung der Klassenfeinde. Dann erst hat die Arbeiterklasse festen Boden unter den Füßen, nämlich den revolutionären.

Der „Sieg" der Demokratie

Die Dezemberwahlen brachten der Rechten und der Linken den Sieg, wie es sich mit Leichtigkeit aus den Rechenkunststücken der Interessenten ergab. Es wurden alle möglichen Kombinationen erdacht und auf Grund dieser festgestellt, daß die schwarzrotgoldene Republik über die schwarzweißrote Reaktion triumphiert habe. Die umstrittenste Partei bei diesen Exempeln, die auf beiden Seiten verbucht wurde, war die Deutsche Volkspartei. Man erinnerte sich, daß der Reichsaußenminister Stresemann, als er die Erbschaft des Kabinetts Cuno im August 1923 übernahm, ein feierliches Bekenntnis zur Republik im Namen seiner Partei abgelegt hatte. Leider vergassen die reinen Toren zu erwähnen, daß seitdem 1¼ Jahre verflossen waren und, daß derselbe Herr Stresemann sich im August 1924 gegenüber den Deutschnationalen zur Bildung des Bürgerblocks verpflichtet hatte. Es zeigte sich auch schon nach der Auflösung des Reichstages, daß Herr Stresemann diesmal nicht wieder umfiel, sondern konsequent der schwarzweißroten Spur folgte. Er hatte sich rechtzeitig auf den berühmten Boden der Tatsachen gestellt. Dieser bestand diesmal auch wirklich aus einem doppelten Boden. Die Deutsche Volkspartei war als Mittler zwischen „rechts und links" für das deutsche Kapital unentbehrlich geworden. Der Sprung von der Demokratie zur Reaktion konnte nur in Etappen vor sich gehen, die sich eben in und innerhalb dieser Partei verwirklichen sollten. Unter ihrer Flagge betrieb das deutsche Kapital den Kampf gegen den inneren Feind und die Sabotage der Erfüllungspolitik. Sie war das Schild und das Symbol der deutschen Bourgeoisie. Jetzt konnte die parlamentarische Maske fallen. Die Einheitsfront des Kapitals ist wiederhergestellt. Die demokratische Partei steht noch außerhalb — das Handels- und Finanzkapital grollt noch, hält sich zurück, weil es noch nicht alle Hoffnungen auf Wiederherstellung seiner Macht aufgegeben hat. Es hofft noch auf die Hilfe der Ententestaaten, die sich die Sabotage des Dawesgutachtens nicht gefallen lassen werden. Es hetzt beileibe nicht gegen ein solches Beginnen, weil die ihm dadurch zufallenden Vorteile auch nicht gering einzuschätzen sind. Aber es bleibt Gewehr bei Fuß, weil es sich bei den zu erwartenden heftigen Zusammenstößen als Vermittler für unentbehrlich hält. Außerdem hat es auch erhebliche Zweifel, ob nicht das Tempo zu heftig ist! Die „Aufnahme", welche das Kabinett Luther im Ausland gefunden hat, ist garnicht so ungünstig. Es wird allgemein als das Kabinett für den Ruhrkrieg 1925 angesehen. Dem Ententekapital ist diese Konstellation nur angenehm. Sie erleichtert ihm seine Pläne. Solange das Ententekapital

und insbesondere England das Ruhrgebiet nicht in französischen Händen wissen wollten, verlangte es eine republikanische deutsche Regierung. Mit dem Sturz des englischen Handelskapitals und dem Sieg der englischen Industrie hat sich die Richtung geändert. In der „KAZ." ist schon davon ausführlich die Rede gewesen.

Ein Kabinett Luther wäre noch im August 1924 nicht möglich gewesen. Charakteristisch für die verflossenen fünf nachrevolutionären Jahre ist die konsequente Entwicklung zum Bürgerblock. Jede Regierung rückt ein Stück weiter nach „rechts". Ein Kabinett wächst aus dem anderen heraus, indem die vom früheren Kabinett aufgenommenen neuen Männer das Kabinett fortsetzen. Die Erstarkung der deutschen Bourgeoisie dokumentiert sich so am besten. Irgendein noch nicht völlig kompromittierter Name steht oben an der Spitze und verdeckt den Chor der Vorkämpfer, der jungen Leute, welche von der erstarkenden Schicht der Gegner des Finanz- und Handelskapitals gestellt werden.

Die Regierung Luther hat den Ruhm, zum ersten Mal bewußte und geschworene Gegner der Republik als Minister der Republik aufgenommen zu haben. Es zeigt dies am besten, daß das Finanzkapital heute schon vollkommen erledigt ist. Der trockene Putsch, die Taktik des Herrn Stresemann, hat die letzten Errungenschaften der Revolution beseitigt. Landwirtschaft und Schwerindustrie haben in Deutschland ihre Herrschaft wiederhergestellt. Es bedeutet dies aber keineswegs eine Rückkehr zur alten Ordnung, sondern die Aufrichtung einer neuen, ganz anders gearteten Ordnung unter alter Flagge. Inzwischen hat sich eine ungeheure Umwälzung innerhalb der Wirtschaft vollzogen.

Die Industrie, welche früher in einzelne Unternehmen zerfiel und bei der die Organisationsformen der einzelnen Branchen selbst in den Grenzen der nationalen Wirtschaft noch nicht ausgebildet war, hat sich im Weltmaßstab konzentriert. Die nationalen Verbände haben die Volkswirtschaft zu einer Einheit im Innern und nach außen zusammengefaßt. Sie sind darüber hinaus dazu übergegangen, Konventionen mit der ausländischen Konkurrenz zu schließen, durch die die Ein- und Ausfuhr kontingentiert und unter ihre eigene Kontrolle gestellt wird. So erstrebt z. B. die deutsche Stahlindustrie ein Uebereinkommen mit den französischen Eisenerzgruben an; es soll dadurch erreicht werden, daß die gesamte französische Einfuhr durch den deutschen Verband geht, der dann in der Lage ist, die Preise für den Binnenmarkt vorzuschreiben. Diese Vereinbarungen bedeuten praktisch, die Ausschaltung des Handelskapitals, das die Vermittlung zwischen In- und Ausland und zwischen den Produzenten und dem Konsumenten vornahm. Wenn sich auch die letztere Funktion schwerer beseitigen läßt und der direkte Kauf beim Syndikat vorläufig nur durch die Großabnehmer erfolgt, so ist auch der Rückgang in dieser Richtung nicht zu verkennen. Viel wichtiger und einschneidender ist aber die Zurückdrängung des Handelskapitals beim Import und Export, da damit auch die Position des Finanzkapitals erschüttert wird. Gerade durch das Handelskapital, welches auf die Finanzierung durch die Banken angewiesen war, übte die hohe Finanz ihren Einfluß auch auf die Industrie aus. Der Handel hatte die Beschäftigung der Werke in der Hand, deswegen wurden nur solche Werke von ihm unterstützt und für ihre Unterstützung bei den Banken eingetreten, die sich ihrem Einfluß fügten. Nur die großen Konzerne, z. B. die Elektrizitätsindustrie, hatten ein eigenes Verkaufsnetz und haben nicht zum geringsten aus diesem Grunde die Inflations- und Stabilisierungskrise am besten überwunden. Sie konnten auch das Finanzkapital bedeutend besser entbehren und sich eigene Banken schaffen. Die verschwindenden Einlagen des Mittelstandes und des Handelskapitals, das allmählich und in einem immer schärferen Tempo zur Produktion übergeht, haben die Bedeutung der Banken als Sammelbecken für nicht zu investierendes Kapital erheblich herabgedrückt. Die Depositenkassen werden deshalb in steigendem Maße geschlossen. Die Banken selbst kommen in immer stärkere Abhängigkeit von den den Umschlag der Wirtschaft besorgenden Faktoren. Das sind Industrie und Landwirtschaft. Die aber jetzt nicht mehr als Einzelunternehmer, sondern als geschlossene Einheit dem Finanzkapital gegenübertreten. Wenn sich die Banken der von diesen Gruppen verfolgten Interessenpolitik nicht fügen wollen, so erfolgt die allmähliche Loslösung durch Errichtung neuer Banken oder durch Aufkauf bestehender Unternehmen. Der Wert der bestehenden Großbanken besteht für die genannten Gruppen nur in dem in ihnen vorhandenen eigenen Kapital, insbes., nachdem die Konzerne enorme Effektenbestände angekauft und dadurch ihren Einfluß in den einzelnen Unternehmen systematisch aufgebaut haben.

Die Ausschaltung des Handels- und Finanzkapitals vollzieht sich insbesondere rasch in den Ländern, in denen der sog. Mittelstand stark vernichtet und proletarisiert ist. Selbst in Amerika handelt das Finanzkapital nicht mehr selbständig, sondern als Beauftragter irgend eines Trusts. Die einzelne Bank ist immer die Bank eines bestimmten Trusts; es muß aber dabei zugegeben werden, daß dort das Verhältnis zwischen dem Trust und der Bank noch immer so ist, daß die Bank der entscheidendere Faktor ist. Es liegt dies daran, daß die Banken es verstanden haben, den Aktienbesitz in ihrer Hand zu konzentrieren. Dies war besonders dadurch möglich, daß das europäische Kapital während des Krieges die Werte an das amerikanische Finanzkapital abstoßen mußte, und weil Amerika als Kolonialland durch das Finanzkapital aufgebaut wurde. Auch hier wird durch die angedeutete Entwicklung sehr bald eine Aenderung eintreten. Die einzelnen Konventionen und ihre unbedingte Notwendigkeit, werden den Entschließungen des amerikanischen Finanzkapitals immer mehr ihren selbständigen Charakter nehmen.

Es ist auch aus den angegebenen Gründen garnicht anzunehmen, daß die sogenannte Linke noch jemals als wirtschaftlich selbständiges Gebilde in Erscheinung treten wird. Das Finanz- und Handelskapital nebst seiner Gefolgschaft, dem Kleinbürgertum, soweit es bei den Demokraten, dem Zentrum und den Sozialdemokraten organisiert ist, kann daher nur aus außenpolitischen Zweckmäßigkeitsgründen als Fassade wieder einmal auftauchen. Dies zeigt auch am besten, daß die alte Form der Handelsverträge kaum mehr eine tragbare Grundlage für den Weltwirtschaftsverkehr ist. Das sogenannte Allgemeininteresse läßt sich nicht mehr konstruieren. Der von der deutschen Stahlindustrie schon gewählte Weg der Sondervereinbarungen mit dem französischen Partner, also von Industriezweig zu Industriezweig, wird wohl die Lösung sein. Es ist ganz charakteristisch, daß gerade das deutsche Kapital der Wegbahner ist. Die kapitalistischen Widersprüche sind bei ihm am schärfsten, sodaß es immer wieder allen voran die alten Formen zerbrechen muß.

Der parlamentarische Sieg der Linken ist zu einer Niederlage geworden. Es ist dies der beste Beweis für die absolute Einflußlosigkeit des Parlaments und für die allein entscheidende Wirkung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten.

An alle Ortsgruppen im Reiche.

Genossen! Zum Einbinden von Jahrgängen der „KAZ." und zum Auffüllen des Archivs bedürfen wir dringend der Nummer 38 der „KAZ." des Jahrgans 5. Dieselbe ist uns durch Beschlagnahme verlustig gegangen. Die Ortsgruppen werden dringend ersucht, uns sofort alle noch vorhandenen Nummern 38 einzusenden.

Genossen! Lest diesen Mahnruf nicht unbeachtet!

Politische Rundschau

Zuckerbrot des Bürgerblocks

Keine Täuschungen, Proletarier!

Der Bürgerblock, die neue Regierung der Schwerindustrie und des Agrarkapitals, reicht dem Proletariat in kluger Berechnung etwas Zuckerbrot, um es desto gefügiger für die kommende Eisenbartkur zu machen. Zwei Momente dieser schwarz-weiß-roten „Beschützerin" der schwarz-rot-goldenen Republik sind es, die sofort ins Auge stechen.

Erstens ist es der Beschluß des noch unfertigen Kabinetts Luther gewesen, die eventuelle Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Kokereien und Hochofenwerken vom 1. April 1925 ab, während sogar, man bedenke, der Sozialdemokrat Cohen diesen bis 1926 erst mal verlängert wissen wollte.

Mit erhobener Stimme verkündet darum auch die „DAZ.", das Organ der Stinneserben, daß die erste Tat dieses angeblich reaktionären Kabinetts eine Tat fortgeschrittener sozialpolitischer Erkenntnis ist, dessen nicht mal die Linkskoalitionen fähig waren. Daß dieser vorläufige Beschluß nur eventuell und dann nur sehr begrenzt zur Durchführung kommt, dürfte eigentlich auch dem vertrauensseligsten Arbeiter bekannt sein. Eine schöne Geste, nichts weiter. Zuckerbrot, dem bald, sehr bald die Peitsche folgen wird.

Sonntagsdemonstration der KPD.

Auch in innenpolitischer Beziehung führt sich das Kabinett Luther gut ein bei der Arbeiterschaft. Es läßt demonstrieren, „Hoch" und „Nieder" rufen, auch wenn sie selbst mal mit gemeint ist, usw. Schon bei der Amnestie-Demonstration am Bülowplatz mußte die „Rote Fahne" zugestehen, daß die Polizei sehr, sehr zurückhaltend war, während dieselbe Polizei noch etliche Tage vorher am Anhalter Bahnhof wie toll und verrückt unter den Proletariern wütete.

Auch an diesem Sonntage hatte die KPD. in Groß-Berlin ihren guten Tag. Durch eine Massendemonstration leitete sie ihre Lenin-, Liebknecht- und Luxemburg-Woche ein. Liebknecht und besonders Rosa Luxemburg sind zwar Reformisten, von denen ein echter Bolschewist, als Edelster der Kommunisten wohl theoretisch abrückt, dessen Namen man aber noch braucht wegen der Zugkraft. Wer die „Rote Fahne" liest, glaubt, daß 100 000 Proletarier zur Weberwiese waren. Da wir auch da waren, wollen wir ruhig aussprechen, wie der Berliner sagt: „Fritze, laß ab, die Hälfte!" Auch dieses wäre reichlich, sehr reichlich. Es ist wirklich an der Zeit, mit diesem Selbstbetrug, mit dieser Selbstbeweihräucherung aufzuhören. Zum Sieg der proletarischen Klasse gehört wahrhaftig etwas mehr als ein echt sozialdemokratischer Sonntagmittags-Spaziergang nach Friedrichsfelde. Schon aus der Ankündigung in der „Roten Fahne" war zu ersehen, daß man genau wie früher die Sozialdemokratie, mit den hohen Behörden Rücksprache genommen hatte. Haltet die Bannmeile inne, den Anordnungen der Ordner ist Folge zu leisten usw. Daß die Sozialdemokratie über ihren Konkurrenten sehr erbost ist, versteht sich am Rande.

Unter den vielen roten Fahnen sah man auch zwei schwarze. Unter den Rednern bemerkte man auch Kaiser von den selbständigen Verbänden, deren Mitglieder zwar „Antibolschewisten" und „konterrevolutionär" sind, aber doch noch halb zur Familie gerechnet werden. Die Proletarier der KPD. gaben sich ehrlich Mühe, aus dem echt sozialdemokratischen Aufmarsch etwas mehr zu machen, wenigstens nach außen revolutionär zu erscheinen. Die amerikanische Reklame mit Lastautos und Transparenten, die sich im Wahltaumel als ordentlich wirksam erwiesen hatte, wurde benutzt und zwar zum Teil sehr geschickt. Barmat-Richters Cigarettenetui, worüber sich sogar die wilhelminischen Schupooffiziere amüsierten. Ein Ochse als Ehrenmitglied der SPD. usw., wirkte lachhaft, weil umgekehrt dasselbe auch benutzt wurde im Wahlkampf und reichlich bekannt war. Jedoch den Trumpf stellte die Dawoslokomotive dar, die den wirklichen politischen Sinn der Amnestie-Demonstration kund gab. Das durch derartige Demonstrationen, wo man vieles bringt, um für jeden etwas zu bringen, die politischen proletarischen Klassenkämpfer nicht befreit werden, wissen auch die Bolschewisten, als edelste der „Kommunisten".

Doch bei ruhiger, kritischer Prüfung und beim Zurückschauen auf das Jahr 1923 tauchen sofort bestimmte Perspektiven auf. Luther und seine antirepublikanischen Mannen im Kabinett werden allgemein im Ausland als die Regierung des Ruhrkrieges für das Jahr 1925 betrachtet. Also eine verbesserte Cunoauflage, nur einen starken Zug mehr nach rechts. Auch die KPD. ist gegen den Dawesplan und reiht sich dadurch ganz von selbst in die Schlachtfront mit der deutschen, sich nun stark fühlenden Regierung ein. Daß die Daweslokomotive von alten Gäulen gezogen wurde und darum nur langsam von der Stelle kam, sollte wohl symbolisieren, daß man nur langsam in die Front der Konterrevolution einrücken darf, damit die Proletarier es nicht merken.

Erst hinein in die Gewerkschaften. Recht tief, sagte Ruth Fischer in Friedrichsfelde am Grabe von K. Liebknecht und Rosa Luxemburg, am Grabe der Beiden, die die Gewerkschaftsbürokratie als größte Lumpen der Weltgeschichte bezeichneten, was sogar die „Rote Fahne", als Sonderausgabe für die Betriebe, konstatieren mußte, dann wird sich alles finden.

Dem revolutionären Proletariat aber sei gesagt: Wollt ihr kein Magdeburg der KPD. erleben, wollt ihr nicht erneut die Brandlerei über euch ergehen lassen, dann schließt euch in den Betrieben als Klasse zu revolutionären Betriebsorganisationen zusammen und wählt euch als Ausdruck eures Kampf- und Klassenwillens revolutionäre Aktionsausschüsse als Vorläufer der revolutionären Räte und kämpft um die Produktion, um die politische Macht, und errichtet die Diktatur des Proletariats. Nur so werden eure Gefangenen frei und nur so ehret ihr eure Toten.

Trotzki erledigt

In der Plenarsitzung des Zentralkomitees und der Zentralkommission der russischen KPD. wurde laut Mitteilung der „Roten Fahne" über Trotzki der Stab gebrochen. In einer langen Resolution wurde aufgezeigt, wie oft und wie lange Trotzki gegen Lenin, d. h. also gegen den Bolschewismus — dem „edelsten" „Kommunismus" — aufgetreten ist und sich dadurch zum Sprachrohr aller Kleinbürger und Konterrevolutionäre gemacht hat. Gegen 2 Stimmen (Piatakow und Rakowski) wurde beschlossen: 1. Trotzki eine kategorische Verwarnung zu erteilen unter dem Hinweis, daß die Einhaltung der Parteidisziplin nicht nur in Worten, sondern auch in Taten notwendig sei. 2. Trotzki seines Amtes zu entheben und seine weitere Arbeit im revolutionären Kriegsrat als unmöglich zu erklären, da die Führung der Armee die Unterstützung durch die Autorität der Gesamtpartei erfordere und in Anbetracht auf die Erklärungen Trotzkis über die Notwendigkeit seiner Amtsenthebung. 3. Die Entscheidung über die Frage der weiteren Arbeit Trotzkis im Zentralkomitee bis zum nächsten Parteitag zu verschieben. Dies ist das wichtigste von den sechs Anordnungen. Eine, die vierte ist noch erwähnungswert. Unter 4 heißt es nämlich: **Die Diskussion wird als beendet betrachtet!** Mögen die Cäsaren in Moskau und ihr blasser Abklatsch in Deutschland auch glauben oder sich einbilden, daß eine Frage auf ihren Beschluß nicht mehr diskutiert werden soll, so werden sie jedoch bald das Gegenteil erleben müssen. Bekanntlich soll ja in Deutschland vor allen Dingen die Gewerkschaftsfrage nicht mehr diskutiert werden, sondern nur noch ausgeführt und danach gehandelt werden und doch, und doch . . . wird diese Frage nicht mehr von der Tagesordnung zu streichen sein; denn es ist die Frage der proletarischen Revolution und diese lebt — trotz alledem.

„Revolutionsandenken"

Die Berolina bei Tietz hat einige Schießlöcher im Bauch. Sie sind 1918 beim Novemberkrawall hineingekommen, oder 1919, als die Herren der Sozialdemokratie aus dem Polizeipräsidium auf die Proletarier schießen ließen. Das Bezirksamt Mitte forderte nun von der Bezirksversammlung 5000 Mark, um die dicke Dame flicken zu lassen. Die Parlamentskommunisten schlugen dagegen Krach. Sie verweigerten den Betrag, um wie sie es begründeten — ein Andenken an die Revolution zu erhalten! Die Bourgeoisie, die den politischen Kindern gern ihr Vergnügen läßt, wenn es nichts kostet, stimmte dem zu. Und so hat das deutsche Proletariat durch die KPD. sein „Revolutionsandenken" — als Ersatz für die „Errungenschaften der Revolution", die ihm durch die Gewerkschaftspolitik der KPD. genommen wurde.

Die theoretische Leistung Rosa Luxemburgs

(Zum 15. Januar.)

(Schluß.)

Die theoretische Hauptarbeit Rosa Luxemburgs ist: „Die Akkumulation des Kapitals" und erschien im Jahre 1912. Diese Arbeit vollbrachte das, was das dringendste Bedürfnis der Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung war, die theoretische Bewältigung des geschichtlichen Wesens des Imperialismus auf Grund einer strengen ökonomischen Analyse.

Die Arbeit gab den Schlüssel zum Imperialismus. In der glänzend gehandhabten Waffe der marxistischen Oekonomie löste sie kritisch Resultate auf, zu denen Marx in Bezug auf die Akkumulation gelangt war und entwickelte weiter, was bei Marx fragmentarisch und widerspruchsvoll geblieben war. Es ist selbstverständlich, daß diese Arbeit, die eine Reihe von marxistischen Resultaten umwirft, aber erst dadurch der marxistischen Oekonomie in ihrer Anwendung auf die Probleme der Gegenwart zum Siege verhelfen konnte, sofort ins Feld rief den erbitterten Widerstand der Marxpfaffen die auf jede Formel und jeden Buchstaben schwuren, aber unfähig waren, auch nur das geringste an selbständiger Entwicklung der Oekonomie zu leisten. Die Plattheit, gepaart mit Unverschämtheit dieser Kritiken kann man nachlesen, wen man sich die Mühe nimmt, aber es ist nicht der Mühe wert. Rosa Luxemburg hat mit den Marx-Epigonen abgerechnet in einer kritischen Arbeit, die sie während des Krieges im Gefängnis schrieb und die dann 1919 unter dem Titel erschienen ist: „Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben."

Aber auch bei guten marxistischen Köpfen stieß „Die Akkumulation des Kapitals" zunächst auf Widerspruch und mangelhaftes Verständnis, so z. B. seinerzeit bei Otto Bauer, den Rosa Luxemburg für ihren erstesten Kritiker hielt. Mit ihm befaßt sie sich besonders, und dieser Abschnitt ist gewissermaßen der letzte Waffengang um das Problem der Akkumulation. In Otto Bauer hat die Frage des sozialen Optimismus einen neuen und letzten Funktionswechsel erfahren. Der Zweifel an der Möglichkeit der Akkumulation streift bei Rosa Luxemburg seine absolutistische Form ab. Er wird zur politischen Frage der Bedingungen der Akkumulation und damit zur Gewißheit, daß eine schrankenlose Akkumulation unmöglich ist. Die Akkumulation wird dadurch, daß sie in ihrem gesellschaftlichen Gesamtmilieu behandelt wird, dialektisch. Sie erwächst zur Dialektik des ganzen kapitalistischen Systems. „In dem Moment", sagt Rosa Luxemburg, „wo das Marxsche Schema der erweiterten Reproduktion der Wirklichkeit entspricht, zeigt es den Ausgang, die historische Schranke der Akkumulationsbewegung an, also das Ende der kapitalistischen Produktion. Die Unmöglichkeit der Akkumulation bedeutet die Unmöglichkeit der weiteren Entfaltung der Produktivkräfte und damit die objektive geschichtliche Notwendigkeit des Unterganges des Kapitalismus. Daraus ergibt sich die widerspruchsvolle Bewegung der letzten imperialistischen Phase als der Schlußperiode in der geschichtlichen Laufbahn des Kapitals." Indem der Zweifel zur dialektischen Gewißheit erwächst, läßt er alles Kleinbürgerliche seiner Vergangenheit spurlos zurück; er wird zum Optimismus zur theoretischen Gewißheit der kommenden sozialen Revolution.

Derselbe Funktionswechsel prägt der entgegengesetzten Stellungnahme, der Bejahung der schrankenlosen Akkumulation einen kleinbürgerlich-schwankenden, zaghaften und zweifelnden Charakter auf. Bauer und seine Gesinnungsgenossen sind, wenn auch mit der marxistischen Terminologie, dem Wesen ihrer Theorie nach Proudhonisten. Ihre Versuche, das Akkumulationsproblem zu lösen, besser gesagt, es nicht als Problem anzuerkennen, laufen letzten Endes auf das Bestreben Proudhons hinaus, die „guten Seiten" der kapitalistischen Entwicklung zu bewahren und dabei ihren „schlechten Seiten" auszuweichen. Die Anmerkung aber der Akkumulationsfrage bedeutet aber die Anerkenung, daß diese „schlechten Seiten" mit dem innersten Wesen des Kapitalismus unzertrennlich verbunden sind; sie bedeutet demzufolge, daß Imperialismus, Weltkrieg und Weltrevolution als Entwicklungsnotwendigkeiten erfaßt werden müssen. Dies widerstreitet jedoch, wie betont wurde, den unmittelbaren Interessen jener Schichten, deren ideologische Wortführer die Marxisten des Zentrums geworden sind: die einen hochentwickelten Kapitalismus, ohne imperialistische „Auswüchse", eine „geregelte" Produktion ohne „Störungen" des Krieges usw. herbeiwünschen. „Diese Auffassung", sagt Rosa Luxemburg, „zielt dahin, der Bourgeoisie einzureden, daß der Imperialismus und Militarismus ihr selbst vom Standpunkt ihrer eigenen kapitalistischen Interessen schädlich sei, dadurch die angebliche Handvoll Nutznießer dieses Imperialismus zu isolieren und so einen Block des Proletariats mit breiten Schichten des Bürgertums zu bilden, um den Imperialismus zu „dämpfen", ihn „den Stachel zu nehmen". Wie der Liberalismus in seiner Verfallszeit von der schlecht informierten Monarchie an die besser zu informierende appelliert, so will das „marxistische Zentrum" von der schlecht beratenen Bourgeoisie an die zu belehrende . . . appellieren". Bauer und seine Genossen haben wirtschaftlich wie ideologisch vor dem Kapitalismus kapituliert. Diese ihre Kapitulation drückt sich theoretisch in ihrem ökonomischen Fatalismus aus, in dem Glauben an die ewige „naturgesetzliche" Dauer des Kapitalismus. Da sie aber, als echte Kleinbürger nur ideologische und wirtschaftliche Anhängsel des Kapitalismus sind, da ihr Wunsch sich auf einen Kapitalismus ohne „schlechte Seiten", ohne „Auswüchse" richtet, stehen sie zugleich in einer wieder recht kleinbürgerlichen „Opposition" zum Kapitalismus: in einer ethischen Opposition. — Es würde zu weit führen, noch näher auf Rosa Luxemburgs Hauptwerk einzugehen. Für den klassenbewußten Proletarier ist das Studium des Werkes notwendig. Da aber dazu eine gewisse Vorkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus und dazu noch eine gewisse Energie erforderlich ist, so ist es empfehlenswert, zuerst den 2. Teil zu lesen: „Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben, eine Antikritik". Dieses kleine Bändchen enthält eine einfache Darstellung der Grundprobleme der Akkumulation und ist gewissermaßen zur Einführung für das Hauptwerk als erstes Studium anzuraten. —

Während des Krieges erschien von Rosa Luxemburg die Juniusbroschüre: „Die Krise der Sozialdemokratie", die schärfste und tiefste Analyse der Kriegsursachen, des Charakters des Krieges und zugleich die Entwicklung der revolutionären Politik der Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Krieg. Rosa Luxemburg verfaßte diese Schrift im Frauengefängnis (April 1915) in der Barnimstraße in Berlin. In der Stickluft jener Tage wirkte die Juniusbroschüre dem frischen, starken Windstoß gleich, der dem reinigenden Gewitter voraneilt. Und sie bedeutete weit mehr als das, sie war schon ein Teil des reinigenden Gewitters der Selbstbesinnung, in der sich deutsche Arbeiter zu der geschichtlichen Aufgabe des Proletariats zurückzufinden begannen, durch den internationalen Klassenkampf den Kapitalismus zu überwinden, um den Sozialismus zu verwirklichen. Sie förderte mächtig den Prozeß des Erwachens der Proletarier aus dem sozialpatriotischen Kriegsrausch und der burgfriedlichen Harmonieduselei, den Prozeß ihrer Sammlung auf den Boden des Klassenkampfes. Klar, granitfest, wissenschaftlich begründet und vertieft, gab sie einem Empfinden, Denken und Wollen Ausdruck und Richtung, das sich in den proletarischen Massen regte, erst schüchtern und vereinzelt, bald lauter, dringlicher, immer weitere Kreise bewegend. An der Juniusbroschüre richtete sich die Erkenntnis, die Tatbereitschaft der revolutionären Vorhut des Proletariats auf, namentlich aber jener wichtigen Kreise, die den breiten Massen als führende, geistige und politische Vermittler dienen. Sie brachte, was gerade jene Kreise bedurften, was die Vorhut forderte: Klaren Einblick in das vielfach verschlungene, durcheinander gewirrte Geschehen der Stunde; lichten Ausblick auf die Zukunft und ganz bestimmte kühne Losungen.

Karl Kautsky erfand damals die berühmte Zweiseelentheorie der sozialistischen Internationale, die „ein Instrument des Friedens und nicht des Krieges sei". Er taumelte zwischen Kartenhäusern und schulmeisterlichen [illegible]klaubereien hin und her, um sich mit seiner Autorität schützend vor die Politik des 4. August zu stellen. Seine spätere Opposition war widerspruchsvoll, grundsatzunsicher und schwächlich. Rosa Luxemburg macht in ihrer Juniusbroschüre dieser Politik den Prozeß. Und zwar: Unerbittlich, konsequent und vernichtend. Sie stellte den in der Geschichte einzig dastehenden Bankrott der deutschen Sozialdemokratie fest und ihr Beweismaterial waren nicht Formeln, sondern Tatsachen. Sie entzog allen Legenden und Schlagworten zur Rechtfertigung des Sozialpatriotismus den Boden, indem sie die Ursachen und treibenden Kräfte des Krieges bloßlegte, sein Wesen und seine Ziele enthüllte.

Die Juniusbroschüre wird durch Ausführungen über die Pflicht und die Bedeutung der sozialistischen Selbstkritik eingeleitet, Ausführungen, die zu dem Wundervollsten gehören, was aus den Tiefen eines starken sozialistischen Empfindens und Denkens emporgestiegen ist. Hier fordert innigste Ueberzeugung die höchsten, strengsten Maßstäbe für unser Handeln als Sozialisten, hier lenkt sie mit prophetischer Kraft den Blick auf die gewaltigen Zukunftsperspektiven, die der Sozialismus eröffnet. Die nahende große Stunde der Weltwende muß ein großes Geschlecht im Proletariat finden, das sich in dem Auf und Ab der Siege und Niederlagen seiner revolutionären Kämpfe in erbarmungsloser Selbstkritik für den Triumph des Sozialismus erzieht. Der Schluß der Junisbroschüre fügt sich mit dem Anfang zum Ringe zusammen. Er betrachtet den Weltkrieg als den Wegbereiter zur Weltrevolution.

Im Kampfe selbst während des Krieges übernahm Rosa Luxemburg die theoretische Führung, insbesondere die Kritik der Halbheiten der Unabhängigen, ihrer pazifistischen Illusionen und ihrer praktischen Unzulänglichkeiten. Auch die während des Krieges erschienenen „Spartakusbriefe" sind außer von Karl Liebknecht, ihr Werk. In der Revolution, die sie aus dem Gefängnis befreit, war keine Zeit zu langwierigen theoretischen Untersuchungen; es handelte sich um marxistische Praxis. All die Kampflosungen des Tages wurden von Rosa Luxemburg entscheidend bestimmt. Sie war es ferner, die das Programm des Spartakusbundes entwarf. Ein Genuß sind ferner ihre Ausführungen zum Programm, eine Rede, die sie auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei hielt (29. Dezember 1918 in Berlin). Ein Teil theoretischer Arbeiten ist noch nicht veröffentlicht, er harrt noch der Zeit der Veröffentlichung. Der Viva-Verlag hat schon 1922 das Erscheinen der Gesamtwerke von Rosa Luxemburg angekündigt, doch ist bisher außer einzelnen Neudrucken der bereits genannten Schriften noch nichts weiter erschienen. Neu ist die im Dezember 1924 erschienene „Einführung in die Nationalökonomie", die Paul Levi aus dem Nachlaß herausgebracht hat.

Der Tiefe und Schärfe des theoretischen Gedankens entsprach bei Rosa Luxemburg die Klarheit, die Kraft, die Lebendigkeit des Stils. Dieser war so eigenartig, so selbständig, wie der Geist, aus dem heraus er geboren wurde: Dialektisch geschmeidig, bildkräftig, packend; er vereinigte die strengsten wissenschaftlichen mit den höchsten künstlerischen Qualitäten. Dieser Geist, der alle Arbeiten Rosa Luxemburgs beseelt, das war derselbe Geist, der die Arbeiten eines Marx und Engels beseelte. Die Kritik Marx'scher Resultate wurde von ihr geübt mit der lebendig und selbständig erfaßten Marx'schen Methode. Dieser Geist wird leben und Früchte tragen, bis er Fleisch geworden ist in der Wirklichkeit. Möge dieser Tag uns nicht mehr fern sein.

Rosa Luxemburgs Stellung zur Sozialdemokratie und den Bolschewiki

Von den im Januaraufstande des Spartakusbundes Gefallenen unterscheidet sich Rosa Luxemburg nicht so sehr durch ihren Heroismus oder durch das tragische Ende ihres Lebens, sondern vielmehr durch die „streng theoretisch festgelegte Linie", welche ihre Handlungen bestimmte. Diese Eigenart ist es, die sie über alle namhaften und unbekannten Opfer der proletarischen Revolution emporhebt und die die Aufmerksamkeit des revolutionären Proletariats auf sie lenkt.

Der Umstand, daß R. Luxemburg dem Proletariat nicht nur ein Beispiel revolutionärer Handlung, sondern auch die „streng theoretisch festgelegte Linie", welche diese Handlung bestimmt hinterließ, erklärt den breiten und dauernden Einfluß ihrer Persönlichkeit auf die Arbeiterbewegung. Sechs Jahre sind es, seit dem sie tot ist . . . Ihr revolutionäres Handeln, sowie das ihrer Mitkämpfer verfließt in trübe Erinnerungen und verliert die Kraft eines lebendigen, erziehenden Beispiels. Deswegen leben aber die Ideen, die ein neues revolutionäres Handeln zum Leben hervorrufen.

Rosa Luxemburg begann ihre revolutionäre Tätigkeit in der polnischen Arbeiterbewegung. Internationale Bedeutung gab ihr jedoch die Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung. Ihre ersten Sachen in diesem Felde galten der Bekämpfung des Reformismus, welcher seit langem schon in der deutschen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften eingewurzelt war und welcher in dem Revisionismus eine theoretische Rechtfertigung zu finden versuchte. „Der auserwählte Hüter der Erbschaft Marx nach dem Tode Engels" — Kautsky übergab, in der Form einer Verteidigung, die Grundlagen des revolutionären Marxismus. Er verneinte die Katastrophen, anerkannte, daß das Wort Revolution zu Zweideutigkeit führen kann und empfahl, daß man es nicht ohne wichtigen Grund gebrauchen soll und die Frage der Diktatur des Proletariats überließ er der Zukunft „ruhig" zur Entscheidung. Nur in Vergleich mit dieser „Verteidigung" Kautskys kann heute die wirkliche Bedeutung R. Luxemburg und ihrer Arbeiten gegen den Revisionismus eingeschätzt werden, welche mit den Arbeiten des anderen größten Theoretikers des Marxismus aus der Epoche der II. Internationale — Plechanow, wetteifern.

Die Aufdeckung des theoretischen Bankrotts des Revisionismus bedeutet jedoch nicht auch die Vernichtung seiner Grundlage — die Vernichtung des Reformismus in der Arbeiterbewegung, welcher mit der langjährigen Periode der Prosperität eng verbunden ist. Die eingetretene ökonomische Stagnation, der russisch-japanische Krieg, und hauptsächlich die russische Revolution vom Jahre 1905, schufen eine neue Atmosphäre. Und R. Luxemburg überträgt den Kampf aus dem Gebiete der Theorie in das Gebiet der Praxis des proletarischen Befreiungskampfes. Nach ihrer Rückkehr aus Rußland, wo sie persönlich an den Kämpfen teilgenommen hat, wurde sie zu einem glühenden Apostel des politischen Massenstreiks und begann den Feldzug gegen die untauglichen gewerkschaftlichen und parlamentarischen Formen des Kampfes. Sie zwang die Opposition der Gewerkschaftsbürokratie die Entartung der Gewerkschaften zu sehen und zu signalisieren. Infolge der „wirtschaftlichen Prosperität", der politischen Windstille" ging mit dem Wachstum der Gewerkschaften auch das Schaffen eines „gewerkschaftlichen Beamtenstandes" zusammen, für den die Gewerkschaften aufhören ein Mittel zum Kampfe zu sein und sich in eine Bedingung seines eigenen Wohlstandes verwandeln. „Daraus erklärt sich auch, schreibt sie, jenes offen zugestandene Ruhebedürfnis, das vor einem größeren Risiko und vor vermeintlichen Gefahren für den Bestand der Gewerkschaften vor der Ungewißheit größerer Massenaktionen zurückschreckt" („Massenstreik, Partei u. Gewerkschaften"). Bald aber kam Rosa Luxemburg auch mit der Parteibürokratie, mit Bebel an der Spitze, in Konflikt, da diese, mit dem Niedergang der russischen revolutionären Bewegung auch ihre zweideutige Haltung zur Frage der politischen Massenstreiks aufzugeben anfing. Später, im Jahre 1910, in der Zeit des Kampfes gegen das preußische dreiklassige Wahlsystem trat sie in einen unversöhnlichen Gegensatz auch mit Kautsky, welcher aus Angst vor einem Massenkampf, zu der Idee Bernsteins — Mitarbeit mit der liberalen Bourgeoisie — gegen die schon früher der Bannfluch ausgesprochen war, gelangte. Damit wurde zwischen den damals sogenannten orthodoxalen Marxisten ein neuer abgrenzender Strich gezogen. Die bisher genannten Radikalen zerfielen in Radikale und Linksradikale. Rosa Luxemburg hatte an ihrer Seite nur die holländischen Tribunisten (mit Pannekoek an der Spitze) — Plechanow ging immer mehr nach rechts und Lenin wunderte sich, wie sich R. Luxemburg erkühnen konnte „mit wichtiger Miene Kautsky zu belehren". Der Krieg deckte noch mehr das Fallen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften auf und zerriß die letzten Brücken zwischen L. Luxemburg und ihnen. Die Folge davon war das Schaffen des Spartakusbundes, welcher bis zum Januaraufstand ein geistiges Kind R. Luxemburgs war.

Das alles aber ist nur die eine Seite der theoretischen Arbeiten Luxemburgs. Die andere Seite — das ist ihr Kampf mit den Bolschewiki. Schon im Jahre 1904 kam sie in Gegensatz mit den bolschewistischen Ansichten über die Organisationsfrage, welche Verschiedenheiten sich nachher auf ihre Anschauungen über den Charakter der proletarischen Diktatur auswirkten, und sie zu ihrer letzten Kritik des Bolschewismus und mit dem auch der III. Internationale, veranlaßten. In einem Zeitungsartikel ist es unmöglich alle diese Streitfragen, sowie auch andere, wie die Nationalfrage und die Frage des Ganges und des Charakters der russischen Revolution zu behandeln, man muß jedoch betonen, daß die Geschichte in den meisten Fällen und im allgemeinen R. Luxemburg Recht gab. Die ständige Krisis in der bolschewistischen Partei und das offizielle Trösten mit wunderschönen Resolutionen über den inneren Parteidemokratismus sind Beweise für die Unrichtigkeit der bolschewistischen Ansichten über die Organisationsfrage. Heute, nach dem vollständigen Absondern der bolschewistischen Parteidiktatur von der Arbeiterklasse, heute, wo die Bolschewiken selbst Konferenzen zusammenrufen und besondere „Beratungen über die Fragen des Sowjetaufbaus" oder „die Kommission der 56-er" schaffen um einen Modus zur Verbergung des Parteicharakters ihrer Diktatur zu suchen, — heute ist die Anschauung R. Luxemburgs — daß die Diktatur des Proletariats nicht die Diktatur einer Partei ist, sondern die der Klasse und daß die Diktatur des Proletariats nur in der Form der proletarischen Demokratie möglich ist — unanfechtbar. Der Hauptpunkt jedoch, der heute das Verhältnis zwischen dem revolutionären Proletariat und den Bolschewiken bestimmt, bilden nicht diese spezielle Fragen des proletarischen Klassenkampfes, sondern hauptsächlich die Frage des Charakters der russischen Revolution und von hier aus des Charakters der bolschewistischen Politik. Schon im Jahre 1905 hat R. Luxemburg den Gang der russischen Revolution vorausgesagt. Für die Bolschewisten, und speziell für Lenin war diese bürgerlich-demokratisch. Und sie unterschieden sich von den Menschewiken darin, daß diese meinten, das Proletariat müsse mit der Bourgeoisie mitgehen, indem die Bolschewiken meinten, daß es mit den Bauern und dem Mittelstand gehen und sogar — bis die Eroberungen der bürgerlich-demokratischen Revolution befestigt sind — in die provisorische revolutionäre Regierung eintreten muß. Für R. Luxemburg war es klar, daß das Proletariat und das Kleinbürgertum an der Spitze mit den Bauern die Träge der Revolution sein werden, noch klarer aber war für sie, daß das Proletariat in dem Kampfprozeß, aus dem Rahmen der bürgerlich-demokratischen Revolution herausgehen und den Versuch machen wird, seine historische Mission zu verwirklichen. Im Zusammenhange mit dem sagt sie: „. . . Ich glaube sogar, daß, wenn das russische Proletariat sich zu der Höhe seiner Aufgabe erhebt, d. h. wenn es mit seinen Handlungen den Gang der revolutionären Ereignisse bis zur äußersten, von der objektiven Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse zuläßlichen Grenze führt, so erwartet es an dieser Grenze fast unvermeidlich eine große, zeitliche Niederlage. Ich glaube aber, daß das russische Proletariat mutig und entschlossen dem entgegengehen muß, was ihm die historische Entwicklung vorhält und daß es verpflichtet ist, im Falle der Unumgänglichkeit, wenn auch mit dem Preise des Opfers, in dieser Revolution und in Beziehung auf die Armee des Weltproletariats, die Rolle der Avantgarde zu spielen, die neue Gegensätze, neue Aufgaben, neue Wege des Klassenkampfes eröffnet, — die Rolle, die das französische Proletariat im 19. Jahrhundert gespielt hat. Ich glaube, daß das russische Proletariat sich in seiner allgemeinen Taktik nicht von dem, ob es Niederlage oder Sieg davontragen wird, leiten lassen kann, sondern, daß es sie **ausschließlich von seinen historischen Klassenaufgaben** ableiten muß, indem es im Sinne behält, daß die Niederlage des Proletariats, die aus dem revolutionären Schwung seines Klassenkampfes hervorgeht, nur örtliche und zeitliche Formen seines, im ganzen genommen, Vorwärtsgehens im weltlichen Maßstabe, sind, daß diese Niederlagen unumgängliche historische Stufen, die zu dem vollständigen Sieg des Sozialismus führen, sind." (Aus dem Protokolle des Londoner Kongresses der russischen Sozialdemokratie. S. 323—324.) Die Geschichte hat die erste Behauptung R. Luxemburgs bestätigt: die Bolschewiken waren im Jahre 1917 gezwungen, wenn sie das Vertrauen des Proletariats nicht verlieren wollten, aus den Rahmen der bürgerlich-demokratischen Revolution herauszutreten und zur Expropriation der Expropriateure zu schreiten. Damit aber traten die Schwierigkeiten und die Gefahr der Niederlage, so wie sie R. Luxemburg voraussah, an den Tag. Im Jahre 1918 drückte sie sich noch konkreter darüber aus. **„Die Lenin'sche Agrarreform, schreibt sie, hat dem Sozialismus auf dem Lande eine neue mächtige Volksschicht von Feinden geschaffen. Jetzt nach der „Besitzergreifung" steht als Feind jeder sozialistischen Vergesellschaftung der Landwirtschaft eine enorme angewachsene und starke Masse des besitzenden Bauerntums entgegen, das sein neuerworbenes Eigentum gegen alle sozialistische Attentate mit Zähnen und mit Nägeln verteidigen wird. Jetzt ist die Frage der künftigen Sozialisierung der Landwirtschaft, also, der Produktion überhaupt in Rußland zur Gegensatz- und Kampffrage zwischen dem städtischen Proletariat und der Bauernmasse geworden."** (R. Luxemburg: „Die Russische Revolution").

Trotz des Starrsinns, mit dem die Bolschewiken auf die Legende von dem Bunde zwischen den Bauern und den Arbeitern beharren, gab die Geschichte auch hier R. Luxemburg Recht. Nur bezahlte Agenten und bankrotierte Politiker können das Jahr 1921 verneinen, oder neue „Theorien" über das, daß die „Nep" die wirkliche ökonomische Form des Bundes der Arbeiter und Bauern ist, erzeugen. Die mächtige Oppositionswelle in dem russischen Dorfe, die sich in antibolschewistischen Progroms und Attentaten kund tut, sowie die Arbeiterstreiks in den Städten, sind die glänzendste Widerlegung ähnlicher „theoretischen" Kunststücke. Also hat die Geschichte R. Luxemburg gerechtfertigt: „In Rußland konnte das Problem (der proletarischen Befreiung. Die Red.) nur gestellt werden. Es konnte nicht in Rußland gelöst werden". (Rosa Luxemburg: „Die Russische Revolution".)

R. Luxemburg aber tat alles mögliche, um widerlegt zu werden, d. h., damit ihr Voraussehen sich nicht vollzieht, indem sie das Weltproletariat und speziell das deutsche Proletariat zur Revolution aufrief. Im Interesse des Erfolges dieser Revolution aber, hat sie sich, dem bolschewistischen Versuch, ihre Taktik im Weltmaßstabe zu erweitern, entgegengesetzt. Noskes Banden aber haben die Möglichkeit, daß R. Luxemburg auch die Erfahrung der deutschen revolutionären Kämpfe durchlebt, vernichtet, und sie konnte nicht auf Grund ihrer Kritik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sowie auch die der Bolschewiki, ein vollendetes Programm und eine revolutionäre Taktik der proletarischen Revolution geben. Diese Aufgabe hat auf sich und hat zu erfüllen der revolutionäre Teil des Spartakusbundes — die heutige Kommunistische Arbeiter-Partei.

Der opportunistische Teil des Spartakusbundes — die KPD. nachdem sie lange mit R. Luxemburg kokettiert hat, ist heute, durch die Entwicklung in ihr, sowie auch in der III. Internationale, gezwungen, konsequent zu sein und sie zu verwerfen. Heute steht bei ihr auf der Tagesordnung, das Anzeignen des „Leninismus" und das Exekutieren des „Luxemburgismus" als eine besondere Art des Menschewismus. An der Spitze dieser Kampagne steht das Organ der Berlin-Brandenburger „Leninisten" — „der Funke".

„In der Tat — schreiben sie — die Geschichte hat in all den Fragen der Vergangenheit, in denen Rosa Luxemburg sich in Widerspruch zu Lenin setzte, dem Leninismus recht gegeben (!!) und die Abweichungen von seiner Linie als Abweichungen zum Menschewismus ergeben (!!)" (Nr. 2, 1924). Und in Nr. 4—5 schreibt die begabte Führerin der KPD. — Madam Ruth Fischer: **„Wer den Brandlerschen „Zentralismus" mit der Berufung auf Rosa Luxemburg heilen will, der will einen Tripperkranken durch Einflössung von Syphilisbazillen gesund machen. Das heißt gefährliche Verwirrung in die Partei bringen und die Brandlerische demokratische Arbeiterregierung, die man zur Vordertür hinausgeworfen hat, durch die Hintertür, nämlich auf dem Umweg über die Parteidemokratie wieder hereinschmuggeln".**

Um den Erfolg dieser Kampagne gegen R. Luxemburg zu vergrößern, benutzen diese „Leninisten" ausgezeichnet das Kokettieren Thalheimers u. Co. mit R. Luxemburg. Und mit einer ganz vereinfachten Logik schließen sie:

„Wenn die Taktik der früheren Leitungen der KPD. zu schweren opportunistischen Abweichungen führte, wenn gleichzeitig jene führenden Genossen sich stets auf R. Luxemburg berufen, so ist der Zusammenhang zwischen der bisherigen praktischen Politik der KPD. und den Lenin-Rosa Luxemburgschen Differenzen offensichtlich." („Der Funke" Nr. 6.)

Hat die Sozialdemokratie durch die Offiziere Noskes den Körper R. Luxemburgs vernichtet, so stellt sich heute die KPD. die Aufgabe des Tötens ihrer Gedanken, ihrer Idee —. Und gleichlaufend damit, reklamiert sie ihr Parteiorgan, als von R. Luxemburg begründet und spekuliert demagogisch mit ihrem Namen, mit Errichtung eines Denkmals auf ihrem Grab. Das ist zur Charakteristik der politischen Spekulanten!

Im sechsten Jahre des Mordes an Rosa Luxemburg werden die klassenbewußten Arbeiter an sie denken, nicht aus christlichen Erwägungen, sondern aus der Notwendigkeit heraus, mit den Ergebnissen ihrer revolutionären Gedanken bekannt zu werden, und mit Hilfe der ihr so eigenen Konsequenz und Schärfe der Kritik, das Falsche verwerfend und das richtige annehmend, den revolutionären Gedanken auf Grund der neuen Erfahrungen zu entfalten; denn der revolutionäre Gedanke ist die festeste Grundlage des revolutionären Handelns.

Groß-Berlin: Freitag, 23. Januar, in allen Unterbezirken Mitgliederversammlungen!

Staatsbankskandal und Sozialdemokratie

Im Magdeburger Prozeß wurde soeben wieder einmal das Wesen der Sozialdemokratie bis ins innerste aufgerollt. Das Berufsführertum versteht es nicht nur wunderbar, an der Psychologie der Proletarier anzuknüpfen, um sie desto fester in das Organisationsjoch zu fesseln. Durch die Niedermetzelung der Revolution hat sich die parasitäre Führerbrut auch bei der Bourgeoisie ein Prestige geschaffen, das sie deren Vertrauen würdig machte. Auch der Neid wird es den Herren bestätigen müssen, daß sie dieses Vertrauen in klingende Münze zu verwandeln verstanden. Die Pfründen aus Parlamenten, Reichs-, Staats-, Gemeinde- etc. Aemtern, bilden sicher nicht die Haupteinnahmen der Emporkömmlinge. Der Ausspruch des kürzlich seines Amtes entsetzten sozialdemokratischen Präsidenten Loeb der Thüringischen Staatsbank: „Die Staatsbank soll ein Bollwerk der Sozialdemokratie sein", ist nicht nur in Thüringen in die Tat umgesetzt worden. Der Thüringer Staatsbankskandal hat nur den Vorzug der Priorität. In der Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses am Freitag, den 9. Januar, gestand Herr Loeb die Vorzüge einer „Arbeiterregierung". Er sagte aus, daß die Staatsbank erhebliche Gelder, die sie von dritter Seite erhielt, für die Sozialdemokratie verwendet hat. Auch dem Innenminister Herrmann sind hohe Beträge übergeben worden.

In dem Morast der Preußischen Staatsbank tritt die Rolle dieser „Arbeiterpartei" immer deutlicher in die Erscheinung. „Amtlich" — wahrscheinlich durch Herrn Ebert — „wird mitgeteilt, daß einer der Brüder Barmat im Frühjahr 1919 (!) in seiner Eigenschaft als Delegierter der holländischen Sozialdemokratischen Partei vom Reichspräsidenten empfangen wurde"! Dieses Uebersiedeln der Barmats haben wir schon in Nr. 3 der „KAZ." aufgedeckt, bevor der amtliche Schleier diese Geheimnisse lüftete. Wir müssen aber gestehen, daß dieses amtliche Geständnis selbst unsere Vermutungen übertrifft. Die Barmats sind eingeschriebene Mitglieder der Sozialdemokratie, wenigstens „der eine"! Ob „die anderen" andern parlamentarischen Parteien angehören, wird amtlich nicht gesagt. Bei den Sklarz gehörte bekanntlich jeder der fünf Brüder einer anderen Partei an. Die SPD. hatte ihren Sklarz und die USPD. Der USP.-Sklarz finanzierte KPD.-Größen über den Internationalen Bund.

Die Brüder Sklarz waren mit den Brüdern Barmat und der Sozialdemokratie nicht nur in Oesterreich auf das engste verbunden. Wie die Sklarz, waren auch die Barmats in Deutschland und in Berlin bei der Sozialdemokratie und bei ihren Staatsstützen ebenso sehr und so oft Gäste, als diese bei ihnen. Wir haben schon — vor dem amtlichen Geständnis — die Uebersiedlung der Barmats aus Amsterdam nach Berlin aufgezeigt. Die Barmats sind nicht nur während der sozialdemokratischen Reichsregierung nach Deutschland gekommen, sie wurden direkt von der Sozialdemokratie aus Amsterdam geholt. Schon am 9. Oktober 1919 hat das Deutsche Generalkonsulat für die Niederlande nach Berlin ein Schreiben gerichtet, in dem über Barmat die allerungünstigsten Auskünfte gegeben und die Begründung beigebracht wurde, weshalb Barmat Einreisesichtvermerk und Dauersichtvermerk verweigert wurde. Ferner geht aus ihm hervor, daß Berlin schon früher d r e i m a l von dem Generalkonsulat gewarnt worden war. Schließlich heißt es: „Ausweislich des Schreibens der Gesandtschaft . . . ist Barmat indes dortseits **auf Wunsch des Herrn Reichspräsidenten** ein Dauersichtvermerk für drei Monate erteilt worden." Wie jetzt ebenfalls „amtlich mitgeteilt" wird, ist dieser Dauersichtvermerk nicht von Herrn Ebert, sondern von einem Duzfreund, Parteigenossen und Privatsekretär Franz Krüger erteilt worden. Krüger ist tot! Franz Krüger war schon in Holland vielmonatiger Gast bei den Barmats, schloß mit ihnen große Lebensmittelkäufe für die „reinsozialistische" deutsche Republik ab, aus deren Gewinn beträchtliche Summen in die sozialdemokratische Parteikasse flossen!

Neben Herrn Ebert, dessen Sohn bei den Barmats angestellt war, erscheint auch noch Herr Polizeipräsident Richter in recht sozialdemokratischem Lichte. Da „Genosse" Richter keine barmatfähigen Söhne hat, war sein Privatsekretär Stoecker bei den Barmats angestellt. Dieser, ein früherer Parteifunktionär, erhielt vom Staate monatlich 300 Mark Gehalt und von den Barmats 500 Mark. Die sozialdemokratische Partei machte sich für ihre Kasse also nicht nur die Steuerkraft des Proletariats durch Lebensmittel„geschäfte" nutzbar, sondern auch direkt durch ihre Staatsbeamten. Wie die sehr gut orientierte BS.-Korrespondenz noch mitteilt, war Herr Richter selbst mit Julius Barmat sehr eng befreundet und dessen häufiger Gast auf Schloß Schwanenwerder. Ferner wurde von den Barmats Herrn Richter ein Kredit von 5000 Mark eingeräumt, der bis heute noch nicht zurückgezahlt ist. Diese Tatsache wurde durch die Bücher der Merkurbank, die zum Barmat-Konzern gehört, festgestellt.

Weiter hat die Untersuchung ergeben, daß, als die Barmats vor zwei Jahren nach Deutschland zuzogen und sich in Berlin niederließen, das in Frage kommende Polizeirevier von dem Verbindungsoffizier des Polizeipräsidenten angerufen und ihm gesagt wurde, es möge bei der **Anmeldung der Barmats nicht nach Legitimationen fragen, die Barmats seien persönliche Freunde des Polizeipräsidenten!** Auch der sozialdemokratische preußische Innenminister war um den Schutz der Barmats ebenso sehr bemüht. Am 24. November 1920 stellte er ihnen ein Schreiben aus — amtlich gerichtet an die Regierungspräsidenten Osnabrück, Münster und Düsseldorf, in denen wahrheitswidrig behauptet wird, daß die Familie Barmat der h o l l ä n d i s c h e n G e s a n d t s c h a f t angehöre! In dem Schreiben wird ersucht, daß der Familie beim Grenzübertritt keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Hier wird das „parlamentarische Regime" aufgerollt von seinem Anfang bis jetzt. Welche Blüten mag es noch zeitigen, bis das Proletariat seine Aufgabe begreift? Die vielen Anträge im Reichstag, die auf die Entlarvung abzielen, sind das „Haltet den Dieb" der entlarvten Gauner. Aus diesem Sumpfe schöpfte das ganze parlamentarische Gelichter. Deutschnational und völkisch sind die Beamten der Staatsbank, die nationalsozialistischen Gruppen wurden gespeist von den „Kreditnehmern". Der Deutschen Volkspartei gehört der Finanzminister an, zu dessen Ressort die amtlichen Geldgeber gehören. Zentrum ist Herr Postminister Hoefle und Herr Lange-Hegermann, der auch von der Münchener Postverwaltung 2 Millionen Goldmark pumpte und das Zurückzahlen vergaß. Demokratisch ist das Regime unter dessen Fittichen diese Blüten gediehen. Sozialdemokratisch . . . Und ob die Herren Parlaments„kommunisten" in den „gastfreien Häusern" der Barmats nur des Fressens und Saufens wegen verkehrten, ist mehr als fraglich. Ihre Parlamentspfründen werfen pro Tag auch so schon mehr ab, als einen Arbeiterwochenlohn. Der Parlamentarismus als System zeigt sich hier noch von anderer Seite. Die Zentrumspartei hat ihre Abgeordneten Hoefle und Lange aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen. Bis heute haben sich die Herren geweigert, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Von der KPD. hat man von einer derartigen Aufforderung allerdings noch nichts gehört. Und von der Sozialdemokratie kann eine Selbstauflösung nicht gut verlangt werden. Man kann sich nur wundern, daß sich Proletarier in diesem Morast wohlfühlen.

Es ist schwer, festzustellen, welche von den Parlamentsparteien am tiefsten im Sumpfe steckt. Wenn die Sozialdemokratie allerdings noch als Arbeiterpartei betrachtet werden soll, so ist sie zweifellos am meisten komprimittiert. Allein schon an dem gemessen, was bis heute von der Sonne beleuchtet wird. Ihre gesamte Regierungskunst samt ihren Regierern sind bloßgestellt, wie bisher keine Partei in der Geschichte des Parlamentarismus. Schon der letzte Akt des Herrn Ebert spricht Bände. Bekanntlich hatte das Gesamtministerium seine Aemter zur Verfügung gestellt, darunter auch — gezwungen — Herr Hoefle. Herr Ebert aber bestätigte es von neuem im Amte einschließlich Herrn — Hoefle! Man muß hierbei in Betracht ziehen, daß nie, solange es eine Post gibt, so oft und so hohe Summen von höheren Postbeamten gestohlen und unterschlagen wurden, als in letzter Zeit. Der Skandal mit dem Herrn Postminister mußte erst solche Auswirkungen zeitigen, daß jeder zitterte, der der Post Geld oder Einschreibebriefe übergab, bevor dieser würdige Minister von Herrn Ebert seines Amtes entsetzt wurde.

In diesem Skandal wird jede Phrase, jedes Schlagwort durch die nüchterne Wirklichkeit übertrumpft. Auch die wüsteste Nic-Karter-Phantasie wird durch Tatsachen in den Schatten gestellt. Der vielgepriesene altpreußische Korpsgeist mit den „Novemberverbrechern" unter einer Decke. Russisch-zaristische und amerikanische Beamtenkäuflichkeit erscheint hier noch als Ehrlichkeitsprinzip. Korruption ist Trumpf. Wie schrie einst die ganze zivilisierte Welt auf, als ein dänischer Finanzminister und der italienische Finanzminister Nasfo einige Hunderttausende stahlen? Käuflichkeit der Presse, Käuflichkeit der Abgeordneten, Käuflichkeit der Beamten; die Korruption stinkt zum Himmel. Der verfaulende Kapitalismus hindert am Atmen.

Nur das Proletariat mit seiner ungenützten Titanenkraft wird den Herkules machen können, diesen Augiasstall auszumisten. Es ist aber die höchste Zeit, daß es sich die Werkzeuge schmiedet.

Die „prinzipielle" „Rote Fahne" und die schweigsame „Welt am Abend"

Alljährlich veranstaltet die Kommunistische Arbeiter-Partei Ortsgruppe Groß-Berlin eine Gedächtniskundgebung am 15. Januar zur Ehrung der Toten der proletarischen Revolution, deren Ueberschuß entweder zur Unterstützung der politischen Gefangenen und ihrer Familien, oder für die Hinterbliebenen der Gefallenen verwandt wird. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gehören bekanntlich dem Proletariat als Klasse an und wer auch nur ein klein wenig sich mit ihrem Wirken vertraut gemacht hat, und versucht hat, ihren zähen Kampf gegen die alten verstaubten Ueberlieferungen der „völkerbefreienden" Sozialdemokratie zu begreifen, wird wissen, daß ihr Erbe in theoretischer und daraus taktischer Beziehung die Kommunistische Arbeiter-Partei angetreten hat.

Da nun die „Rote Fahne" täglich noch unter ihrem Titel die Namen Liebknecht und Luxemburg zu stehen hat, da sie täglich von der Revolution schreibt und angeblich auch die Januarkämpfer sowie alle Revolutionsopfer ehren will und sie auch täglich für die Inhaftierten sammelt, demonstriert und resolutioniert und petitioniert, glaubten wir im Interesse der Sache ein Inserat bei der „Roten Fahne" und der „Welt am Abend" aufgeben zu können. Doch lassen wir nun die Briefe selbst reden, da aus ihnen alles nähere hervorgeht. Am 13. Januar wurde an die Redaktion der Zeitung die „Rote Fahne" folgender Brief gesandt:

An die Redaktion der „Roten Fahne"
Hier.

Wie in jedem Jahre, so hält auch in diesem Jahre die Kommunistische Arbeiter-Partei und Allgemeine Arbeiter-Union eine Gedächtnisfeier zu Ehren der tausenden für das Proletariat gefallenen und im Zuchthause sitzenden Klassenkämpfer ab.

Der Ertrag wurde immer restlos für die Hinterbliebenen der Gefallenen und für die im Zuchthaus befindlichen verwandt.

Am 9. ds. ersuchten Euch der Unterzeichnete und ein weiterer Genosse obiger Organisationen in der „Roten Fahne" einen Hinweis diese Feier betr. zu bringen. Anstandslos wurde dies von dem Vertreter Eurer Redaktion zugesichert. Ganz aus freien Stücken erbot sich Euer Genosse, den Hinweis zweimal zu bringen und zwar zum ersten Male Sonnabend, den 10. ds. und Mittwoch, den 14. ds. Monats.

Wir gehen wohl nicht fehl, da der Hinweis am Sonnabend, wie versprochen, nicht erschien, daß Ihr nicht gewillt seid, Eure Zusage einzuhalten und mit für die politisch Inhaftierten zu sorgen, wenn sie nicht Eurer Partei angehören.

Deshalb frage ich hiermit im Auftrage meiner Partei, Ortsgruppe Groß-Berlin, bei Euch an, ob Ihr bereit seid, ein Inserat aufzunehmen, daß wir bezahlen werden.

Ich warte auf Bescheid.

Auf dieses Schreiben hat der patentierte Oberleninist der „Roten Fahne" folgende „weise" Antwort eigenhändig mit Rotstift geschrieben:

„Eine Partei, die p r i n z i p i e l l gegen den Kommunismus arbeitet, unterstützen wir p r i n z i p i e l l nicht."
Red. der „Roten Fahne".

An die Zeitung „Die Welt am Abend" wurde folgender Brief gerichtet:

Berlin SW. 68, den 13. Januar 1925.
Lindenstraße 105

An die Redaktion der Zeitung „Die Welt am Abend"
Hier.

Da Sie in Ihrer Zeitung des Oefteren für die Interessen der Arbeiter im Allgemeinen und für die politisch Inhaftierten im Besonderen eingetreten sind, nahmen wir Veranlassung am Freitag, den 9. d. Mts. den Unterzeichneten und einen zweiten Genossen zu Ihnen hinzuschicken, Sie zu bitten ein unbezahltes Inserat aufzunehmen zwecks Hinweis auf die kommende Donnerstag, den 15. d. Mts. stattfindende Gedächtnisfeier zu Ehren der tausenden für das Proletariat gefallenen und im Zuchthaus befindlichen Klassenkämpfer. Ausdrücklich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Veranstalter die Kommunistische Arbeiter-Partei und die Allgemeine Arbeiter-Union sind. Weiter wurde Ihnen gesagt, daß der Ertrag restlos für die Hinterbliebenen der Gefallenen und für sich im Zuchthaus befindlichen Klassengenossen verwandt würde.

Das unbezahlte Inserat lehnten Sie ab, machten jedoch selbst das Angebot, 2 mal in Ihrer Zeitung einen redaktionellen Hinweis auf die Gedächtnisfeier zu bringen. Der Hinweis sollte gestern, den 12. und Mittwoch, den 14. d. Mts. erfolgen.

Da gestern am 12. d. Mts. der versprochene Hinweis nicht erschien, nehmen wir an, daß Sie Ihre Zusage nicht einlösen wollen. Trotzdem fragen wir hiermit an, ob Sie bereit sind ein Inserat gegen Bezahlung für morgen, den 14. d. Mts., zu bringen.

„Die Welt am Abend" hat nicht geantwortet. Der bürgerliche Ableger der kleinbürgerlichen Mutterzeitung, „Die Rote Fahne" kann natürlich nicht anders, sondern muß gehorchen; denn als Leninisten bleibt ihnen ja nichts anderes übrig. Die versprochenen Inserate sind nicht gebracht worden.

Sehr interessiert uns die „prinzipielle" „Rote Fahne". Der Redakteur mit dem Rotstift weiß natürlich sehr gut, daß er Unsinn hingeschmiert hat. Richtig wäre es sofort, wenn er statt Kommunismus — Rußland geschrieben hätte. Das stimmte nämlich, daß wir Rußland prinzipiell bekämpfen und dies sogar jeder Arbeiter tun muß, der den Kommunismus will. Das revolutionäre Proletariat in der KAPD. ist kein Götzenanbeter, sondern als revolutionäre Marxisten halten wir es mit dem großen theoretischen Kopf, mit Rosa Luxemburg, die in der „Akkumulation des Kapitals" im Band II zum Schluß folgendes sagt:

„Marxismus ist nicht ein Dutzend Personen, die einander das Recht der „Sachverständigkeit" ausstellen, und vor denen die Masse der blinden Moslims in blindem Vertrauen zu ersterben hat.

Marxismus ist eine revolutionäre Weltanschauung, die stets nach **neuen** Erkenntnissen ringen muß, **die nichts so verabscheut wie das Erstarren in einmal gültigen Formen,** die am besten im geistigen Waffengeklirr der Selbstkritik und im geschichtlichen Blitz und Donner ihre lebendige Kraft bewährt".

Dieses weiß natürlich der Zensurgewaltige Leninist in der „Roten Fahne" so gut wie wir, leider wissen es aber noch nicht die Proletarier der KPD. Würden sie als revolutionäre Arbeiter sich etwas mehr mit den Werken ihrer großen Toten befassen als nur immer auf Befehl der lebenden Götter „Hoch" oder „Nieder" brüllen, dann wäre es dem kleinbürgerlichen Tendenzblatt „Die Rote Fahne" nicht mehr möglich, die Proletarier erneut in die erstarrten Formen der Gewerkschaften hineinzupressen und dieses offen konterrevolutionäre Beginnen als revolutionäre Tat im Interesse des Kommunismus zu bezeichnen.

Genossen! Haltet Eure Zeitung hoch! Sammelt für den Pressefond!

Mitteilungen

RHEINLAND-WESTFALEN.

An alle Ortsgruppen der KAPD. und AAU..

Der Bezirksarbeitsausschuß beruft für **Sonnabend, den 14. Februar 1925, abends 6 Uhr und Sonntag, den 15. Februar 1925,** eine

kombinierte Bezirkskonferenz

nach **Elberfeld** ein. **Aus technischen Gründen kann die Konferenz nicht** wie im Rundschreiben mitgeteilt schon am **31. Januar** stattfinden. Das Tagungslokal bleibt bestehen.

Die Tagesordnung lautet:
1. Politische Lage. 2. Bericht von der Bezirkskonferenz. 3. Partei und Union und ihre Aufgaben. 4. **Organisatorisches,** a) Berichte, b) Reorganisation. 5. Vruk. 6. Verschiedenes.

Anträge sind bis spätestens den 31. Januar eintreffend einzusenden. Sämtliche Anträge werden alsdann sofort den Ortsgruppen schriftlich zur Stellungnahme zugesandt.

Jede Ortsgruppe muß nach Möglichkeit je einen Delegierten der Partei und Union entsenden.

Außerdem fordern wir alle Ortsgruppen auf, sofort die fälligen Pflichtbeiträge abzuführen.

Die Bezirksleitungen der KAPD. und AAU.
Rheinland-Westfalen.

Achtung! Bezirk Sachsen! der KAPD. u. AAU.

Am Sonntag, den 25. Januar, findet in Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig eine

Konferenz

informatorischen Charakters statt. Die Ortsgruppen **Dresden, Zwickau, Plauen, Zittau, Freiberg** und **Hohenstein-Ernstthal** werden hiermit besonders aufgefordert zu erscheinen.

Näheres geht aus dem Rundschreiebn der Ortsgruppe Leipzig hervor.

S o e b e n e r s c h i e n e n :

„Rote Jugend".
Kampforgan der Kommunistischen Arbeiter-Jugend
Nr. 1 Jahrgang 5 (6-seitig) Preis 10 Pfg.

A u s d e m I n h a l t :
Titelbild (zweifarbig). — Die Toten an die Lebenden. — Die Arbeitsdienstpflicht — ein neuer Militarismus für die prol. Jugend — Gewerkschaften und Rußland — Rüstet zu neuen Kämpfen.

Junge Arbeiter! Lest und verbreitet eure Zeitung!
Zu beziehen durch alle Gruppen der KAJ. und die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Str. 49.

Achtung! Ortsgruppen der KAJD.

Alle Ortsgruppen, die die letzte Nummer der **„Roten Jugend"** nicht abgerechnet und deshalb Nr. 1 nicht erhalten haben, müssen **sofort** Bestellungen aufgeben und die alten restierenden Nummern begleichen. RAA. der KAJD.

Leipzig.

Bestellungen für die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung", „Kampfruf" und „Proletarier" und Anmeldungen für Partei und Union, sowie alle Auskunft jederzeit bei:
Albert Warschau, Böhlitz-Ehrenberg, Leipzgeir Str. 99 II.

GROSS-BERLIN.

Kombinierte Funktionärsitzung.

Am Mittwoch, den 28. Januar, abends 7 Uhr, findet in Boeker's Festsälen, Weberstr. 17, eine kombinierte Funktionärsitzung der KAPD. und AAU. statt. Erscheinen jedes Genossen ist wegen der wichtigen Tagesordnung Pflicht.

2. Unterbezirk-Tiergarten. Am Freitag, den 23. Januar, abends 7½ Uhr, findet im Lokal Oelschläger, Berlichingenstraße 5, eine Mitgliederversammlung statt, wozu „KAZ."-Leser, Sympathiesierende und die Unionsgenossen einzuladen sind. Es wird ein Vortrag über **„Die Suggestion als gesellschaftlicher Faktor"** gehalten.

3. Unterbezirk (Wedding). Freitag, den 23. Januar, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung an bekannter Stelle. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

16. Unterbezirk. (Cöpenick). Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, in Cöpenick, im alten Lokal, Mitgliederversammlung. Die Genossen werden hiermit besonders darauf hingewiesen, wirklich vollzählig zu erscheinen.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Fritz Weiland, Bln.-Pank.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 6

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Januar 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 40)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die alten Spuren schrecken

Im Reichstag wurde am 22. Januar bei der namentlichen Abstimmung über den von Deutschnationalen, Volkspartei, Zentrum, Wirtschaftlicher Vereinigung und Bayerischer Volkspartei gemeinsam eingebrachten Billigungsantrag folgendes Abstimmungsergebnis festgestellt:

Mit J a stimmten 246,
mit N e i n stimmten 160;
der Stimme enthielten sich 39.

Damit waren die von Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachten Mißtrauensanträge erledigt. Von den Parteien der Rechten fehlten nur wenige Abgeordnete, während das Zentrum große Lücken aufwies und auch bei den Demokraten eine verhältnismäßig große Zahl von Abgeordneten sich an der Abstimmung nicht beteiligte.

Geschlossen stimmten für den Billigungsantrag die Deutschnationalen, die Volkspartei, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Bayerische Volkspartei.

Dagegen stimmten geschlossen die Sozialdemokraten und die Kommunisten, ferner die beiden Zentrumsabgeordneten Dr. Wirth und Imbusch.

Außer den Demokraten e n t h i e l t e n sich der Zentrumsabgeordnete A d a m R ö d e r und die N a t i o n a l s z i a l i s t i s c h e Partei der Stimme.

◆

Inzwischen hat auch in Preußen der Mohr seine Schuldigkeit getan. Braun ist gegangen.

Somit ist nun das vollbracht, worauf die maßgebenden wirtschaftlichen Kräfte langsam, aber beständig hingearbeitet haben. Die schwarzweißroten Monarchisten als Hüter der schwarzrotgoldenen Republik, die einst von ihrem sozialdemokratischen Präsidenten Ebert dem Einmaligen als freieste Republik der Welt bezeichnet wurde.

Betreffs des Verhaltens des Proletariats gegenüber seinem Klassenfeind trifft dies Wort freieste zu; denn noch nie hat eine Klasse in der Geschichte, als ihr die Macht in den Schoß fiel, dem Klassengegner soviel Freiheit gewährt, oder besser gesagt, alle Vorrechte aus der Vergangenheit sofort erneut bestätigt, wie es das deutsche Proletariat im November 1918 tat. Das Proletariat konnte sich garnichts anderes denken als das bürgerliche Gesetzbuch. Auf dieser Grundlage glaubte es zur Sozialisierung zu gelangen. Der nächste Schritt war die Nationalversammlung. In den Ruf zur Wahl einer Versammlung, die die Ruhe des Bürgers und den Profit des Bourgeois sichern sollte, stimmten damals alle die Elemente, die heute gegen und für das schwarzweißrote Kabinett gestimmt haben. Auch die „Kommunisten", deren größter Teil noch in der Usepe waren und deren anderer Teil schon im Spartakusbund für Beteiligung an der Wahl zur Nationalversammlung stimmten, gehören in diese Einheitsfront der Konterrevolution. Nur das Ueberwiegen der proletarischen Elemente auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands-Spartakusbund 1. Januar 1919, verhinderte die noch schnellere Einreihung der Berufsführer in die Front, in die sie nach ihren gesellschaftlichen Bedingungen gehören.

Da der deutschen Bourgeoisie die Grundlage ihrer Macht, das Privateigentum an den Produktionsmiteln erhalten blieb, das bürgerliche Gesetzbuch sofort von den „Volksbeauftragten" zu „Recht" bestehend erklärt wurde, konnte sie sich langsam aber sicher wieder zu der Machtposition aufarbeiten, die sie heute inne hat. Einer Machtposition, die sie befähigt, sogar ihren treuesten Knecht, der Sozialdemokratie, reichliche Fußtritte zu versetzen. Die jahrelange Erfahrung, die die Bourgeoisie betreffs der Opposition mit der Arbeiterbürokratie, richtiger gesagt, Arbeiterbourgeoisie, gemacht hat, gestattet ihr, rücksichtslos alle Hemmungen, die der Realisierung des Profits im Wege stehen, zu beseitigen. Auch steht diesen Monarchisten als Hüter der Republik — was tatsächlich nur in der deutschen politischen Kinderstube möglich ist — in voller Einmütigkeit die gesamte militärische Macht dieser Republik zur Verfügung. Wenn nun das Kabinett Luther trotzdem einstimmig beschlossen hat, die Staatsform nicht zu ändern, so heißt das mit anderen Worten, augenblicklich ist es noch nicht opportun. Weiterhin sieht die Bourgeoisie gerade in der Republik ihre eigene Herrschaftsform. Eine Aenderung der Staatsform würde zuviele Erschütterungen nach sich ziehen, deren Auswirkungen man vorher nicht wissen kann. Darum werden die Marionetten der ökonomischen Triebkräfte, die sogenannten großen Männer der Geschichte, die Minister, das tun müssen, was im Interesse ihrer Auftraggeber, des Agrar- und Schwerindustriellen Kapitals liegt. Und trotzdem in der Schwatzbude tagelang die Mäuler schäumten, trotzdem alle „linken" Diätenschlucker taten, als wenn etwas ganz neues, ganz rechts gerichtetes sich auf der Plattform zeigte, so ist dieses nichts als Dummenfang; denn für das revolutionäre Proletariat war diese Entwicklung bei eventuell fortlaufendem Einfügen des Proletariats in diese Republik und seiner Verfassung schon in großen Umrissen nach der Niederschlagung des Spartakusaufstandes erkennbar. Das dies nur langsam, in Etappen vor sich gehen konnte, ist bei der großen Bedeutung, die das Proletariat in einem entwickelten Industriestaat hat, verständlich. Auch mußte die Bourgeoisie immer noch auf den Riesen Proletariat gewisse Rücksicht nehmen. Darum mußte es die „Arbeiterführer" als Minister usw. dulden.

Jetzt ist neben der politischen Festigung auch eine ökonomische Umgruppierung im gewissen Sinne vollendet und zwar die der Konzerne. Dazu kommt der Londoner Pakt, der Erfüllung heischt und der trotzdem nicht erfüllt werden kann, was gleichbedeutend mit einer Möglichkeit der Ueberwindung der kapitalistischen Krise sein würde.

Die Opposition der „Sozialdemokratie und „Kommunisten" sind diesem Kabinett nicht allzugefährlich. Der Ruf: „Duldung der Rechtsregierung", der Sozialdemokratie und der Schrei der „Kommunisten": „Fort mit Luther" sind nicht allzu ernst zu nehmen. Und wenn der „Vorwärts" vom 23. Januar erklärt: „Vor etwa zwei Jahren begann auch die Regierung Cuno ihre parlamentarische Existenz auf Grund der gleichen Billigungsformel: die Spuren schrecken", so stimmt der letzte Satz für das Proletariat. Die Spuren schrecken wirklich, die die heutigen Oppositionsfatzken, Sozialdemokratie und „Kommunisten" hinterlassen haben.

Die Sozialdemokratie „grundsätzlich" für Erfüllungspolitik, „grundsätzlich" für Demokratie und Pazifismus hat Cuno zum Leben verholfen, hat mit Cuno sabotiert, hat mit Cuno im Ruhrkrieg gekämpft, hat dann dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt und hat im militärischen Ausnahmezustand die vollendete Demokratie erblickt. Hat für die Auffüllung der Ordnungszellen dieser Republik gesorgt, um höhnisch heut zu sagen, wo sind denn die angeblich 7000 politischen Gefangenen? Das sind ja alles Spitzbuben, gemeine Verbrecher.

Diese Spur sollte eigentlich einem Proletariat, wie dem deutschen, das doch immerhin auf eine jahrzehntelange Erziehung zum Klassenkampf zurückblicken kann, schrecken.

Aber auch die Spur der „Kommunisten" dürfte schrecken. Ihre reformistische Bahn begann mit der Wahlbeteiligung, mit der Gewerkschaftseroberungspolitik, mit den gesetzlichen Betriebsräten und endete bei der Tragikomödie in Sachsen und Hamburg 1923 im Oktober. Ihre „grundsätzliche Gegnerschaft" zur kapitalistischen Republik fand ihren Ausdruck in Verbesserungsanträgen zum Republikschutzgesetz. Ihre „grundsätzliche internationale" Linie mündete ein in die Front mit allen ehrlichen Elementen, sogar mit den Mördern von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Auch heute noch betont man, daß man die nationalste Partei ist und alle, die erfüllen wollen, Ententeknechte sind. Der vollständig im Sumpf des Opportunismus, des Reformismus, des Klassenverrats gelandete Kurs der „Kommunisten" ist nun, nach der Palastrevolution, nach der Uebernahme der Führung durch die „Linken", erneut aufgenommen worden.

Wahrlich, auch diese Spur sollte schrecken. Das Luther-Kabinett hat es leicht in der Hand, je nach den Maßnahmen, die es unternehmen will, auf die Hilfe der Sozialdemokratie oder der „Kommunisten" zu rechnen. Die Spuren dieser oppositionellen leider noch immer Arbeiterparteien bestätigen dieses. Darum trotzalledem, trotz allen Geschreies und trotz aller Mißtrauensanträge, Einheitsfront der Bourgeoisie und ihrer gesamten Lakaien gegen das Proletariat als Klasse.

Wahrlich, die alten Spuren schrecken! Will das Proletariat leben, will es der grausamsten Ausbeutung, die je eine Klasse erlebte, will es dem systematisch deziimiert werden entrinnen, dann muß es neue Wege in seinem historisch bedingten Klassenkampf beschreiten; dann muß es sich neuer Formen bedienen, um seinen Klassenfeind niederringen und niederhalten zu können, dann muß es den Weg der KAPD., den Weg der revolutionären Räte, den Weg zur Klassendiktatur beschreiten. Die soziale Reform ist tot — es lebe die proletarische Revolution — es lebe der Kommunismus.

Der Prozeß des Kapitän Sadoul

Am 12. d. M. kam vor dem Kriegsgericht in Orleans von neuem der Prozeß des französischen „Kommunist", Kapitän Jaques Sadoul zur Verhandlung. Wie es bekannt ist, war Sadoul von der Regierung Clemenceau am Vorabend der Parlamentswahlen im November 1919, wegen Hochverrat verurteilt. Bis jetzt fehlten jedoch die interessanten Einzelheiten über die wahre Rolle, die Sadoul in Bezug auf die bolschewistische Politik im Jahre 1917, welche bis heute noch für die breite proletarischen Kreise in Geheimnis gehüllt bleibt, gespielt hat. Diese Lücke wurde von dem Prozeß in Orleans ausgefüllt, nämlich von der zweistündigen Rede Sadouls, die den Zentralpunkt dieses Prozesses bildete!

Ich glaube, ein sehr guter Kommunist zu sein, fängt Sadoul seine Rede an. Ich bin ein ausgezeichneter Internationalist. Aber ich bleibe, und das ist damit nicht unvereinbar, ein Franzose. (L' Humanité 13.)

Deswegen wollte er seit langem schon nach Frankreich zurückkehren und seinen Prozeß revidieren lassen, seine russischen Freunde ließen ihn jedoch nicht einen solchen Leichtsinn begehen. Man sagte ihm, er soll abwarten und er hat gewartet, ein Jahr, zwei Jahre, — — schon fünf Jahre.

Eh bien! sagt Sadoul, il faut assinir l' atmosphère dont on m'enpoissona. Nun wohl, sagt Sadoul, man muß die Atmosphäre reinigen, mit der man mich vergiftete.

Er hat die Anklage wegen Staatsverrat vor Augen.

Sadoul, berichtet L' Humanité, wurde mit Macht und Beredsamkeit zum Ankläger. Er klagt die Politik Clemenceaus und seines Agenten in Rußland Noulens an. (L' Humanité, 13. 1. 25.)

Man kannte meine politischen Bestrebungen und Ansichten, sagt Sadoul; man glaubte, daß ich da unten einige Dienste als politischer Informator (Berichterstatter) leisten könnte und in diesem Sinne wurde ich von Herrn Albert Thomas an Herrn Louchieur, dann von Herrn Loucheur an Herrn Painlevé und von Herrn Painlevé an den Herrn Präsidenten des Rates (Clemenceau. D. Red.) empfohlen. Ich konnte nützliche Nachrichten geben über die Tendenzen und Absichten der russischen Revolution. (Le Temps, 14. 1. 25.)

Also war Sadoul von der Regierung Clemenceau die Stelle eines politischen Spitzels anvertraut. Seine Denunziationen an die französische Regierung hat er durch seine Briefe an Albert Thomas, den damaligen Kriegsminister und jetzigen Direktor des Internationalen Arbeitsamts, besorgt.

Alle meine Briefe, sagt Sadoul, sind offen verschickt worden durch die offiziellen Posteinrichtungen; sie sind vor den Augen des Botschafters abgegangen. Ihr Text wurde seit dem November 1917 den Herren Clemenceau und Pichon mitgeteilt. (L' Humanité.)

Dann, berichtet L' Humanité, setzt Sadoul das Wesentliche seines Konflikts mit dem französischen Botschafter in Leningrad auseinander. Mit einem Wort, sagt er, bestanden zwischen Herrn Noulens und mir diametral entgegengesetzte Ansichten. Herr Noulens glaubte nicht an den Erfolg der russischen Revolution, er betrachtete sie ein wenig als beendigt, da er sich einbildete, daß eine Militärdiktatur bald eine zaristische Regierung wiedergebracht haben würde. Jedoch, die Zeiten verstrichen, und ich konnte an Herrn Thomas schreiben, daß die Vermutung des Herrn Noulens sich nicht verwirklichen würde. — — Nein, die Vermutungen des Herrn Noulens waren nicht verwirklicht worden: keine zaristische Reaktion; zum Ersatz